

3.10.2013

Arbeitspapier für:

**Das Internationale Institut für Liberale Politik veranstaltet in
Kooperation mit dem Büro für Sicherheitspolitik des
Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport, Wien,**

im Rahmen des Projektes

***„Die gestalterischen Möglichkeiten der EU, Österreichs und der
ostmitteleuropäischen Staaten angesichts der strategischen Lage im
Osten der EU“***

**Die deutsch-russischen Beziehungen als Faktor einer
Osteuropapolitik**

Prof. h.c. Dr. Peter W. Schulze

Institut für Politische Wissenschaft

Georg August Universität Göttingen

September 2013

Die deutsch-russischen Beziehungen als Faktor einer Osteuropapolitik der EU

Zur Ausgangslage

Die deutsche Politik sieht sich zumindest mit drei Herausforderungen konfrontiert, die allesamt miteinander verbunden sind, sich gegenseitig bedingen und weder im Wahljahr 2013 noch in absehbarer Zeit danach einer Lösung zugeführt werden können. Zum einen haben sich aufgrund der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise in der Eurozone der EU, von deren Auswirkungen jedoch alle Mitgliedsstaaten betroffen sind, seit 2008 langsam aber unaufhörlich die Entscheidungszentren zugunsten Berlins verschoben. Der Antriebsmotor, das Tandem Paris-Berlin, scheint vielleicht schon der Vergangenheit anzugehören, jedenfalls läuft er nicht mehr „rund“. Vom „zauderndem Hegemon“, gemeint ist die Merkel-Regierung in Berlin, ist in britischen Medien die Rede¹. Berlin wurde aufgrund der Schwäche früherer Partner in eine Führungs- und Gestaltungsposition europäischer Politik gedrängt, kann aber anscheinend nicht oder ist nicht willens oder in der Lage, diese Aufgabe zu schultern. Die zweite Herausforderung betrifft die Qualität und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen. Der kühne Vorschlag, die USA und die EU gemeinsam in eine transatlantische Investitions- und Handelsgemeinschaft zu integrieren, ist zwar nicht neu, aber erstmals scheinen Aussichten auf seine Realisierung angesichts grundlegender Veränderungen in den Wettbewerbsbedingungen des Weltmarktes erfolgsversprechend. Dass solch wirtschaftspolitische Blockbildung, die zudem noch durch die NATO sicherheits- und verteidigungspolitisch unterlegt ist, Gegenreaktionen anderer Wirtschaftsmächte hervorrufen könnte, wird momentan in den Debatten noch ausgeklammert, doch darauf muss man sich zukünftig einstellen. Und insbesondere die USA haben ein nachhaltiges Interesse daran, dass Berlin die transatlantische Orientierung aus dem Fokus seiner bisherigen Politik wegschiebt oder gar einen Sonderweg beschreitet. Der frühere amerikanische Botschafter John Kornblum, brachte die Interessen Washingtons auf den Punkt. „Deutschland ist für die

¹ **Zanny Minton Beddoes**, Europe's reluctant Hegemon, in: The Economist, 15. Juni 2013, : <http://www.economist.com/news/special-report/21579140-germany-now-dominant-country-europe-needs-rethink-way-it-sees-itself-and>.

westliche Welt auch weiterhin von so zentraler Bedeutung, dass jeder Versuch, in die Zukunft zu blicken, per definitionem auch der Frage nachgehen muss, wohin Deutschlands nächstes Verständnis von "Normalität" uns führen wird“². Und nahezu vorausahnend die Diskussion um eine deutsche Führungsrolle in Europa vorausnehmend, argumentiert Kornblum, dass Deutschland auf die Umbrüche in der Weltwirtschaft und Politik aufgrund seiner wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen bestens vorbereitet sei und aus der Dynamik, die mit den Veränderungsprozessen im internationalen Staatensystem einhergehen, „Nutzen“ ziehen wird. Denn Deutschland hat „die Chance, an seine historische Rolle als Knoten und Kreuzungspunkt anzuknüpfen, an dem sich weltumspannende ökonomische und kommerzielle Netzwerke aus ganz Europa und Asien, Nord- und Südamerika überschneiden. Damit werden neue Aufgaben und neue Verantwortung auf Deutschland zukommen.“³

In dieser Interessengleichung der amerikanischen Politik hat Moskau seine feste Position als potentieller Störenfried. In der jüngsten Auseinandersetzung um den weltweiten Abhörskandal durch die amerikanische NSA wird denn auch Moskau gewarnt, die USA nicht herauszufordern, etwa dem flüchtigen Snowden politisches Asyl zu gewähren⁴. Wie die FAZ berichtete, stellte der republikanische Vorsitzende des Ausschusses für vaterländische Sicherheit im Repräsentantenhaus Michael McCaul, in einer amerikanischen Talkshow des Senders „Fox News Sunday“ Russland in eine Reihe mit „den Feinden Amerikas“. Dass sich in n Folge des Abhörskandals in Washington eine brisante und parteienübergreifende Koalition zusammenbraut, bestätigte auch die frühere demokratische Kongressabgeordnete Jane Harman in dieser Sendung. Sie drohte allen Staaten, die Snowden Asyl gewähren würden, an, dass damit „vernünftige“ Beziehungen zu den USA gefährdet würden⁵.

Beide Herausforderungen haben in der deutschen Politik nicht zur Lagerbildung beigesteuert, obwohl sich gerade an den Disziplin- und Sparauflagen der Berliner Regierung zur

² **John Kornblum**, Deutschland und die Gespenster der Vergangenheit, in: FAZNET06.11.2009, S. 9.

³ Ebenda

⁴ <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/amerikanische-talkshows-ein-fairer-schuldspruch-fuer-snowden-ist-garantiert-12282552.html>

⁵ **Leon Aaron**, Testimony before the Subcommittee on Europe, Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, June 13, 2013, A dangerous slide backward: Russia's deteriorating human rights situation; “Left in the rubble of civil society are only stagnation, hatred, and radicalism. Left behind is scorched earth, incapable of upholding democratic institutions, when this regime falls or implodes – just as happened after the fall of the Soviet Union.”, in: <http://www.aei.org/speech/foreign-and-defense-policy/regional/europe/a-dangerous-slide-backwards-russias-deteriorating-human-rights-situation/> An diesem Senate Hearing nahm neben renommierten amerikanischen Vertretern der Neuen Rechten, wie Ariel Cohen von der Heritage Foundation auch Boris Nemtsov als Vize-Vorsitzender der Republikanischen Partei Russlands und der Partei Russische Volksfreiheit teil.

Bekämpfung der Schuldenproblematik in den Mittelmeerstaaten der EU, aber auch Irlands, heftige Kontroversen entzündeten. Grundsätzlich positiv wird trotz gegenwärtiger Verstimmung über die skandalösen Abhörpraktiken Washingtons die EU-Atlantische Gemeinschaftsidee betrachtet, obwohl deren Gestaltung und Implementierung noch zu schwierigen Verhandlungen zwischen beiden Seiten führen wird.

Ganz anders verhält es sich mit der dritten Herausforderung, dem deutsch-russischen Verhältnis, dass nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Untergang der UdSSR als Modell für eine gute wirtschaftliche und politische Beziehung in Europa galt. In kaum weniger als anderthalb Jahren, konkret seit dem Herbst 2011, haben sich die deutsch-russischen Beziehungen extrem verschlechtert. Von einer Eiszeit zwischen Berlin und Moskau ist die Rede.

Diese Entwicklung kommt nicht voraussetzungslos. Rückblickend kann man als Bruchpunkt in den europäisch-russischen und damit auch abgeschwächt in den deutsch-russischen Beziehungen das Jahr 2004 benennen. Mit dem Urteilsspruch gegen den Oligarchen Mikhael Chodorkowski wurde in den Medien eine anti-Kreml-Kampagne entfacht, die sich auch in der Amtszeit des Präsidenten Dmitri Medwedew kaum legte. Gegen Ende der Amtsperiode Medwedews wurde insbesondere von amerikanischen Politologen und von ihren russischen Partnern, die Kampagne auf die griffige Formel zugespitzt, dass sich das Land in einem ausweglosen Dilemma, in einer „historischen Sackgasse“, so Lilja Schewzowa⁶ befinde. Die Modernisierung sei gescheitert und das Land steuere entweder in die Stagnation und einer damit einhergehenden Repression oder es drohe eine Revolution⁷.

Lilja Schewzowa, eine der renommiertesten russischen Politologen, tätig am Moskauer Carnegie Zentrum, vertritt solch radikale Ansichten. Sie rechnet in diesem Kontext mit der

⁶ **Lilja Schewzowa**, Kreml oder Demokratie - Wladimir Putins Russland, der Westen und die neue deutsche Ostpolitik, in: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2013/02/08.mondeText.artikel,a0049.idx,12>; „Damit ist auch das Modell der Demokratieförderung in autoritären Staaten obsolet. In Russland jedenfalls ist die Förderung der Demokratie unmöglich geworden: Sie ist, seit Putin 2012 die entsprechenden Gesetze unterschrieb, schlicht verboten. Mehr noch, sie ist auch in den Augen der Bevölkerung diskreditiert. Leute, die Hilfe aus dem Westen in Anspruch nehmen, gelten inzwischen allgemein als "fünfte Kolonne" - mit allen damit verbundenen Folgen für ihre Reputation. Folglich stehen die liberalen Demokratien vor der Notwendigkeit, ihre Russlandpolitik neu auszurichten.“

⁷ **Lilia Schewzowa**, Das System. Wie das Tandem Putin-Medwedjew einigen wenigen Macht und Reichtum sichert und die Zukunft Russlands verspielt in: FAZ, Frankfurt, 25.09.2009.

europäischen, insbesondere der deutschen Russlandpolitik schonungslos ab, denn deren Demokratieprojektionen hätten wenig gebracht, allenfalls das Kreml-Regime gestützt und die Wertorientierung zugunsten wirtschaftlicher Interessen aufgegeben. Ihre Prämissen, so führt sie rückblickend auf die neue deutsche Ostpolitik seit der Brandt-Bahr Ära zurück, haben nie gestimmt. So sind die Fehler des „Wandels durch Annäherung“ perpetuiert worden und hätten Urstand im Ansatz des damaligen Außenminister Frank Steinmeier gefeiert, der die „Modernisierungspartnerschaft“ mit Russland beschwor und auf die neue Formel der „Annäherung durch Verflechtung“ gründete. Zusammen mit David Kramer, dem Chef von Freedom House, einem gut im Regierungsapparat vernetzten Russlandexperten, legt sie nochmals argumentativ nach. Sie behauptet nicht ohne Sorge, dass Berlin die Politik der Europäischen Union gegen Russland definiere⁸, dass die übrigen Staaten dieser Politik folgten, so auch Washington, da die amerikanische Politik andere Beschwernisse habe. Aber wie schon ausgeführt sei das deutsche Modell der Ostpolitik gescheitert und langsam werde das auch in der deutschen Innenpolitik, insbesondere von den „German Greens“ zum Ausdruck gebracht. Süssfisant beschreibt sie die Vorgänge um die Resolution des deutschen Bundestages gegen die russische Innenpolitik, die Rolle der Parteien und des Außenministeriums sowie des deutschen Außenministers und spricht von einem unglaublichen Vorgang, der seinesgleichen sucht in der deutschen Außenpolitik. Eine neue Stimme sei in der deutschen Politik ausgetaucht, die sich gegen die „Schroederization“ der Ost- und Russlandpolitik nun endlich wende. Die von der deutschen Business Community und von Politikern, insbesondere aus der SPD betriebene Ostpolitik sei gescheitert, denn sie habe eben nicht die Europäisierung Russlands wie erhofft, erbracht. Die Stimmung in Deutschlands politischer Klasse schlage um, behauptet sie und die Resolution des Deutschen Bundestages “marks the first serious attempt to free Germany from the suffocating relationship with the Kremlin and may restore respect for the German government and leadership not only among its own civil society, but among Russian civil society and opposition.”

Und implizit fordert Schewzowa, dass die deutsche Russlandpolitik geschleift werden müsse. Gelänge dass, würden die übrigen europäischen Mitgliedsländer von EU und NATO auch folgen. Und verstärkte Kritik aus diesen Reihen würden den Paradigmenwechsel in der deutschen Russlandpolitik wiederum forcieren.

⁸ **Lilia Shevtsova/David J.Kramer**, Germany and Russia: The End of Ostpolitik?, in: The American Interest, 13.November 2012.

Schewzowa fordert daher eine neue Russlandpolitik, die von Werten geleitet werden soll. Sie verbindet mit dieser Politik die Hoffnung, dass sie die „Spaltung der herrschenden Elite in Russland sicher beschleunigen“ könnte⁹. Sie macht sich dabei aber wenige Illusionen, dass diese Spaltung die Demokratie etablieren könnte. Denn auch „die Anhänger einer größeren Offenheit und Freiheit in der russischen Elite folgen den Interessen einer monopolistischen Händlerbourgeoisie, die den Erhalt ihres Eigentums und ihre Macht garantiert haben will. Sie sind mithin genauso weit entfernt von den Idealen einer freiheitlichen Demokratie wie das Putin-Regime, das russische Militär und die Geheimdienstbürokratie. Sie könnten versuchen, dem Beispiel Jelzins zu folgen und die Macht einfach einer neuen Garde übergeben“.

Diese Einstellung wird auch von Oppositionellen aus dem rechtskonservativen Lager unterstützt. So forderte Boris Nemtsov in den schon erwähnten Senate Hearings vom Juni 2013 ein Ende der sogenannten „Realpolitik“ westlicher Staaten, auch der USA, gegenüber Russland. Solch ein Ansatz, wie auch der von normalen Geschäftsbeziehungen „to conduct business as usual“ with the Putin regime contradict the most basic values of democracy, human rights and the rule of law. Such policy is also counterproductive, since the Kremlin considers it as a sign of weakness—and, therefore, as an invitation to behave even more aggressively, both at home and abroad.“¹⁰

Es scheint, als habe Schewzowa die Hoffnung aufgegeben, dass die mobilisierten Mittelschichten der russischen Gesellschaft und urbanen Intelligenz zur entscheidenden Kraft der Veränderung werden könnten. Zu erfragen wäre allerdings, ob die politisch heterogene und amorphe Zusammensetzung der protestierenden Schichten, in denen extrem konservativ-nationalistische und kommunistische Gruppen dominieren den Ausschlag für die Ansicht Schewzowas gegeben haben eher auf einen von außen unterstützten Coup zu setzen als den

⁹ Solche Sichtweise ist nicht nur in oppositionellen Zirkeln verbreitet, auch beim russischen Präsidenten selbst klingen Zweifel ob der bedingungslosen Loyalität der russischen Elite an. Auf Puschkin rekurrierend, argumentiert er in einem Interview, dass in der Opposition gegen die Regierung immer auch eine antirussisches Moment mitschwang. „Unfortunately, our intelligentsia has such a tradition.... Well, maybe it's inevitable at some stage of development, but, beyond any doubt, this loss of the state self-identity both during the Russian Empire's collapse and during the Soviet Union's breakup was disastrous and destructive.“ in: **Interview to Channel One and Associated Press news agency, 4. 09.2013, in: <http://eng.kremlin.ru/news/5935>**

¹⁰ Opening Statement by Hon. Boris Nemtsov Co-Chairman, Republican Party of Russia-People's Freedom Party, Testimony before the Subcommittee on Europe, Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, June 13, 2013, A dangerous slide backward: Russia's deteriorating human rights situation, in: <http://www.aei.org/speech/foreign-and-defense-policy/regional/europe/a-dangerous-slide-backwards-russias-deteriorating-human-rights-situation/>

schwachen demokratischen Kräften des Protestlagers die Kraft zu unterstellen, die notwendigen Veränderungen herbeizuführen.

Im Licht der vorabgeführten Darlegungen ist also die Annahme nicht von der Hand zu weisen, dass Gedankengut, Ziele und Forderungen der neuen Rechten und anderer konservativer Kreise aus den USA ihren Einfluss auf die bereits seit Jahren äußerst kritische Einstellung deutscher Medien und Teilen der Expertenwelt hatten, kritische Positionen noch verstärkten, so dass sie politikrelevant wurden.

„Etwas verschiebt sich gerade im Verhältnis zwischen Deutschland und Russland“, schrieb Reinhard Vesper in der FAZ¹¹. Gegen solche Bekenntnisse, die auch in anderen führenden Presseorganen bekräftigt wurden, hat sich nur zögerlich Widerspruch geregt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion Gernot Erler hat nun in der „Zeit“ (29.05.2013) zur Beendigung des „*Russland-Bashing*“ aufgerufen. Das war ein mutiger Schritt angesichts der aufgeheizten Medienkampagne, die seit 2011 lief und unter anderem zum Ziel hatte, den von der damaligen Außenminister Steinmeier vorgelegten Entwurf der Modernisierungspartnerschaft, der 2010 von der EU in den Zielkatalog der europäischen Politik aufgenommen wurde, zu beseitigen. Schließlich fühlte sich die SPD-Führung herausgefordert, denn in einer Grundsatzrede in der Berliner Humboldt-Universität vom 4. Juni 2013 unterstrich der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück die Notwendigkeit des Festhaltens an den Zielen der deutschen Russlandpolitik, der er eine historische Brückenfunktion zusprach¹². Zudem bekräftigte er die Forderung, dass Russland zusammen mit den USA und der EU in einer „Sicherheitspartnerschaft fest miteinander“ verbunden sein sollten. Diese Grundorientierung könne nicht davon abhalten Missstände, etwaige politische Repressionen und Verstöße gegen Bürger- und Freiheitsrechte in Russland außen vor zulassen. Diese, so Steinbrück, sollten angesprochen und auf Beseitigung gedrungen werden, dessen ungeachtet gelte es jedoch, die Zielorientierung der Kooperation nicht aus den Augen zu verlieren.

Noch ein anderer Akteur fiel durch erstaunliche Zurückhaltung anfangs auf. Erstaunlich war, dass der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft lange abwartete, bevor er Position bezog und in den Streit eingriff.

¹¹ **Reinhard Vesper**, Deutsch-russisches Verhältnis Nicht nur Hintergrundmusik, in: FAZ 15.05.2013.

¹² FAZ, 05.06.2013, S. 5.

Erst im Juli 2013 griff der Vorstand des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft Eckhard Cordes ein und stellte eine Umfrage unter deutschen in Russland tätigen Unternehmen vor, die sich besorgt über die Veränderungen in der deutschen Wirtschaftspolitik äußerten.

Verlangt wurde eine neue „Russland-Strategie der Bundesregierung, die zu einer engeren Anbindung Russlands und des russischen Marktes an die EU beitragen“¹³ solle. So sei „knapp die Hälfte der befragten Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen (...) der Ansicht, dass Russland in der Politik der gegenwärtigen Beziehungen keinen angemessenen Stellenwert einnimmt. Die vorgelegten Zahlen sind eindrucksvoll.

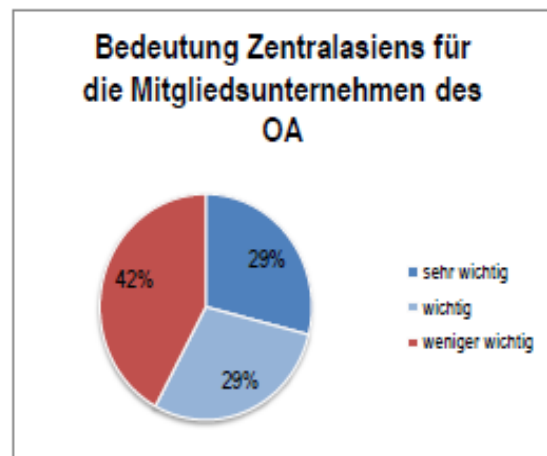
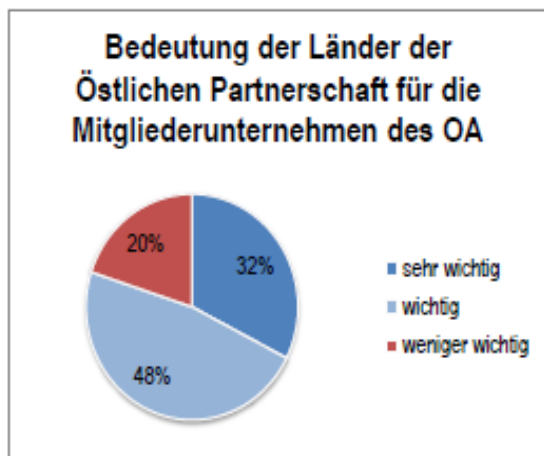
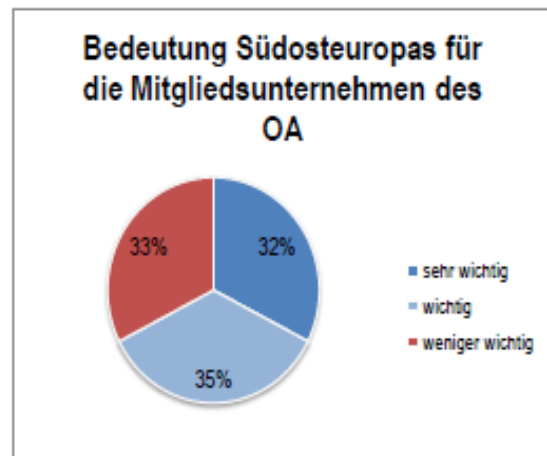
54 Prozent bemerken eine Verschlechterung des deutsch-russischen Verhältnisses." Cordes erging sich nicht in einseitigen Schuldzuweisungen, Kritik an der momentanen Politik des Kremls sei berechtigt, die Themen wurden benannt, aber diese Kritik dürfe, so Cordes, nicht nur Einzelfragen thematisieren. Nach Cordes sei die politische wie wirtschaftliche Anbindung Russlands an Europa der wichtigste Weg, um die Ziele der Modernisierungspartnerschaft neu zu beleben und das Land zu reformieren. Unter den bekannten Forderungen des Verbandes nach Visa-Freiheit, nach Förderung des Mittelstandes, nach Ausbau der Ost-West--Transportinfrastruktur und nach politischer Unterstützung für Großprojekte („Leuchtturmprojekte“) im Kontext der kommenden großen Sportereignisse fällt besonders auf, dass die deutsche Wirtschaft das Putinsche Projekt der *Eurasischen Union* ernst zu nehmen scheint. Der Verband fordert eine „neue Wirtschaftsarchitektur“, die zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Eurasischen Union/Zollunion führen soll. Dabei fällt auch eine vorsichtige Kritik am Projekt der ***Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP/ Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*** „Diese verschiedenen Zonen mit dem EU-Binnenmarkt zu verbinden ist eine Anstrengung, die wirtschaftlich noch lohnender wäre als ein Freihandelsabkommen mit den USA." Aber die Überschrift der Studie, „Umfrage zur Bundestagswahl 2013“, ist ein deutlicher Fingerzeig, dass Sektoren der deutschen Wirtschaft mit der derzeitigen Russlandpolitik nicht übereinstimmen.

¹³**Eckhard Cordes**, Vorsitzender des Ost-Ausschusses: Deutsche Wirtschaft fordert neue Russland-Politik, <http://www.euractiv.de/globales-europa/artikel/deutsche-wirtschaft-fordert-neue-russland-politik-007757>

Die Ergebnisse der Umfrage im Überblick¹⁴.

Bundestagswahl 2013

Bewertungen der Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen zur alten und Erwartungen an die zukünftige Bundesregierung



1

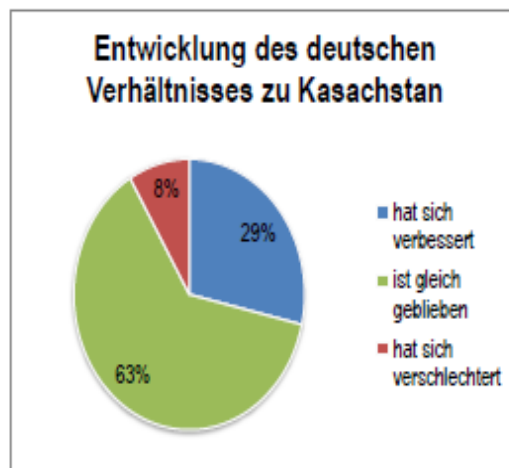
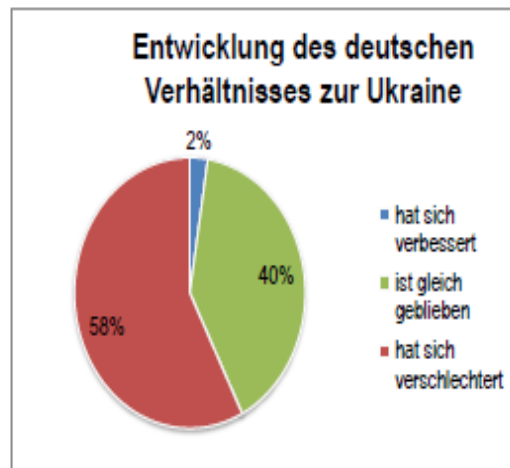
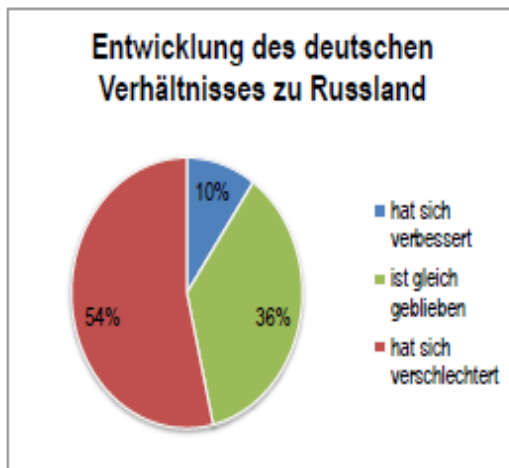
Von den befragten in Russland tätigen Mitgliedern der Ostausschusses stellen 87% die Bedeutung Russlands als **sehr wichtig** heraus und nur 3 % plädieren für weniger wichtig. Hingegen liegen entsprechende Zustimmen für Südosteuropa bei 33% und für die Regionen der östlichen Partnerschaft bei 20%. Interessanterweise sehr hoch, mit 42%, schätzen die deutschen Konzerne die Bedeutung Zentralasiens ein.

¹⁴ http://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/pm_pdf/OA-Umfrage%20Bundestagswahl%202013.pdf
Umfrage zur Bundestagswahl 2013; Bewertung der Ost –Ausschuss-Mitgliedsunternehmen zur alten und Erwartungen an die zukünftige Bundesregierung Umfragezeitraum: 6. Juni bis 24. Juni ;Teilnehmer: 40 Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft mit zusammen 220 Tsd. Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 200 Mrd. € in den Ost-Ausschuss-Ländern.

Noch geringfügig schlechter als das deutsch-russische Verhältnis wird das zur Ukraine eingeschätzt. 58% der befragten Unternehmen sehen eine Verschlechterung der Beziehungen.

Bundestagswahl 2013

Bewertungen der Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen zur alten und Erwartungen an die zukünftige Bundesregierung



3

Positiv sticht nur die Beziehung zu Kasachstan heraus. 63% der Unternehmen sehen eine Verbesserung der Beziehungen.

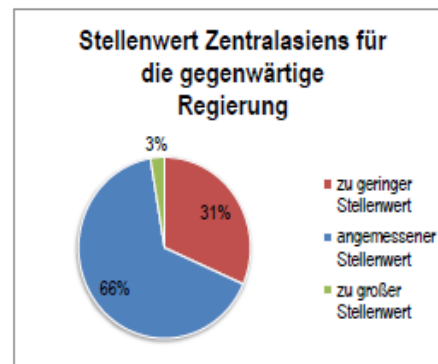
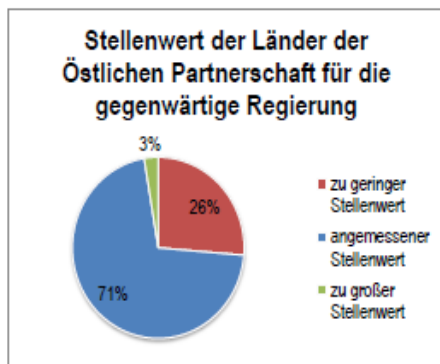
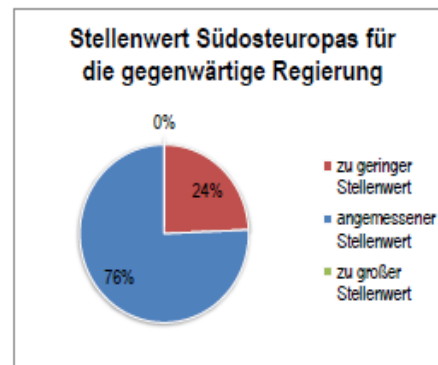
Daher ist auch nicht verwunderlich, dass die deutschen Unternehmen nahezu geteilter Meinung bei der Frage sind, welchen Stellenwert Russland für die deutsche Bundesregierung hat. 56% anerkennen zumindest einen „angemessenen Stellenwert“ Russland in der deutschen Politik während 44% den eingeräumten Stellenwert als zu gering betrachten. Bei Südosteuropa ist der Konsens wesentlich stärker ausgeprägt. 76% halten den Stellenwert

Südosteuropas in der deutschen Politik für angemessen, Ähnliches trifft auch auf die Staaten der Östlichen Partnerschaft und auf die zentralasiatische Region zu.

Bundestagswahl 2013

Bewertungen der Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen zur alten und Erwartungen an die zukünftige Bundesregierung

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



2

In der politischen Klasse Deutschlands scheint eine längst überfällige Debatte aufzukommen – und das im Wahljahr. Sie könnte möglicherweise dazu beitragen, das Manko zu beheben, dass weder Berlin oder Brüssel noch Moskau trotz vollmundiger Erklärungen über Partnerschaft und Kooperation bislang in der Lage waren, eine Strategie für gemeinsame Ziele zu formulieren. Ganz zu schweigen vom Umstand, dass es in den zwanzig Jahren Transformation nicht gelang, gemeinsame Institutionen aufzubauen oder bestehende für Moskau zu öffnen. Wenn dies wie im Falle der G-7 oder der NATO geschah, waren es immer Handreichungen zur Kompensation westlicher Vormärsche. Obwohl wenig Hoffnung auf einen solchen Durchbruch besteht, wäre eine Reflexion über Stand, Ziele und Qualität der Beziehungen sicher ein wichtiger Faktor, um die sich auftürmenden Probleme mit pragmatischer und geduldiger Beharrlichkeit Schicht für Schicht abzutragen. Damit könnte

einer weiteren atmosphärischen Vereisung der Beziehungen Einhalt geboten und das Abreißen des Gesprächsfadens verhindert werden.

Aber bislang zerschellten früh alle Bemühungen, eine euroatlantische Sicherheitsgemeinschaft konzeptionell anzugehen oder den seit Dekaden umherschwirrenden Vorschlag eines gesamteuropäischen einheitlichen Wirtschaftsraumes mit konkreten Verhandlungen zu unterlegen. Dieser Mangel wurde durch die engen deutsch-russischen Beziehungen bisher übertüncht und austariert. Nun soll nach Dafürhalten der fundamentalistischen Kritiker diese Klammer aufgelöst werden. Im Klartext: Die deutsch-russischen Beziehungen stehen auf dem Prüfstand. Ein Paradigmenwechsel wird angesagt. Die bislang recht einträchtigen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau, die noch unter der schwarz-roten Koalition in der zielführenden Ankündigung einer „*Modernisierungspartnerschaft*“ kulminierten, stehen nun im Fadenkreuz einer ideologischen Kampagne, die sich seit Mitte 2011 medial aufschaukelte und in die Politik eindrang. Das Ziel der Kampagne ist trotz der ideologisch-normativen Überhöhungen, des Pochens auf universale Werte und von permanent wiederholten Anklagen, dass die russische Entwicklung vom europäischen Pfad der demokratischen und rechtstaatlichen Tugend nicht nur abgewichen sei, sondern die darin verankerten Werte mit Füßen trete, unverkennbar: Der Anker und damit auch die - nicht willentlich aber de facto ausgeübte- deutsche Hegemonie bei der Gestaltung der europäisch-russischen Beziehungen, soll auf das mäßige Durchschnittsniveau der europäisch-russischen Beziehungen zurückgestutzt werden. Damit würden fünf Ziele gleichzeitig erreicht werden:

Erstens würde Moskau durch den Verlust seines Hauptgesprächspartners weiter an den Rand der europäischen Politik abgedrängt werden, denn die deutsche Vermittlung und Fürsprache im europäischen Kontext würde verhaltener und angepasster ausfallen oder könnte nun von anderen Mitgliedsstaaten übernommen werden. Die Umsetzung dieser Politik würde auch die intensiven Wirtschaftsbeziehungen beider Länder negativ tangieren.

Zweitens würde damit eine Politik aufgehen, die sich mit der „*Östlichen Dimension*“ der EU bereits ankündigte. Denn dieser Ansatz hatte nicht nur zum Ziel Russland auszugrenzen, sondern auch die dominante Stellung Berlins im Osteuropadialog der EU zu schwächen.

Drittens, so emotional und kaum zielgerichtet diese Debatte um die deutsche Russlandpolitik auch geführt wird, sie bildet seit Jahren nur die Oberfläche ab. Im Hintergrund wirken eher andere Faktoren und Ursachen, Entwicklungen nämlich, die bereits zur Veränderung von Machtkonstellationen im internationalen Staatensystem beigetragen haben und den Zustand der Europäischen Union beeinträchtigen. In diesem Kontext kann nur auf die seit 2009 grassierende Finanzkrise und die daraus u.a. resultierende außenpolitische Immobilität der EU wie die Gefahr ihrer Fragmentierung hingewiesen werden, sowie auf die relative Schwäche der USA, globale Aufgaben auch in der Zukunft zu schultern und künftig auch Europa Sicherheit zu gewähren. Der unaufhaltsame Aufstieg von Schwellenländern zu Wachstumsmotoren der Weltwirtschaft, der sich abzeichnende multipolare Zuschnitt des internationalen Staatensystems hat die aus dem Kalten Krieg noch weiterwirkenden Sicherheitsgleichungen beschädigt. Neue Ansätze sind erforderlich, aber dies würde angesichts der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Zerklüftungen in der EU gestalterische Kraft der Mitgliedsländer und der Kommission verlangen. Weil letzteres nicht in Sicht ist, obendrein die Wirkung und vor allem Dingen das Zusammenwirken jener Entwicklungen im internationalen Staatensystem nicht vorausblickend bestimmt werden können, schüren latente Lähmungen insbesondere jene politischen Lager, die wenigstens am Status quo festhalten wollen. Denn käme es zum „worst case- Szenarium“, dass Washingtons Interesse an Europa sinken könnte, sich gleichzeitig begleitende Veränderungen in der globalen Ordnung abzeichneten, die Krise in der EU weiter fortschwelte, dann könnte in Mitgliedsländern der EU ein Diskurs über sicherheitspolitische und wirtschaftliche Zukunftsorientierungen anbrechen, in dessen Kontext bindende Allianzen überdacht werden müssten. Vielleicht gäbe es dann sogar eine Rückbesinnung auf die Charta von Paris oder Vorstellungen wie Wohlfahrt und Sicherheiten in Europa unter den veränderten Bedingungen nachhaltig und gemeinsam mit allen europäischen Ländern zu schützen seien.

Viertens steht die deutsche Politik aufgrund der langjährigen partnerschaftlichen Beziehungen zu Moskau im Fokus dieser Ziele und Klagen. Mit anderen Worten: diese Partnerschaft soll herabgesetzt und Moskau an den Rand Europas abgeschoben werden, damit unter allen Umständen die Priorität der transatlantischen Beziehungen gewahrt bliebe. Vorboten einer solchen Politik sind die als prioritär eingestuften Verhandlungen zwischen der EU und Washington über die **Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP/ Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft)**. Insbesondere die deutsche

Bundesregierung drängt auf einen schnellen Abschluss der Verhandlungen. Dieser Vorschlag kommt ja nicht von ungefähr. Die USA könnten mit günstigen Rahmenbedingungen, niedrigen Lohn- und Sozialstandards locken und somit die zukünftige Richtung von Investitionsvorhaben umlenken. Damit könnte Washington ein selbst geschaffenes Dilemma beheben, dass *off-shoring* amerikanischer Produktion nach Asien und in andere Billiglohnländer stoppen und über den zunehmenden Wettbewerbsdruck amerikanische Konzerne ermuntern, ihre Produktion in die USA zurück zu verlegen.

Schließlich würde fünftens eine solche Entwicklung Moskau vor die Alternative stellen, sich entweder zu fügen und auf den von der EU vorgegebenen Entwicklungsweg zurück zu pendeln oder sein Heil in nationalistische Abschottung gepaart mit der Forcierung der *Eurasischen Option* zu suchen. Dass eine solche Hinwendung Moskaus nach Osten nicht unbedingt mit der Entfaltung und Kräftigung demokratischer und rechtsstaatlicher Werte verbunden wäre, wird von dieser Kritik entweder nicht bedacht oder sogar gewollt. Denn dann würde die Gleichung vollends aufgehen: Russland wäre isoliert, nach Osten abgedrängt, im Strudel autoritärer Strömungen und die EU wie auch die Politik ihrer einzelnen Mitgliedsstaaten hätten jedweden Einfluss auf die innere Ausgestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung Russlands verloren. In diese Richtung weist die Kritik von Schewzowa und ihrer deutschen Mitstreiter. Ihr Glaubenssatz, die Projektion demokratischer Prinzipien nach Russland sei eh gescheitert, deshalb können jetzt die Glaceehandschuhe ausgezogen werden.

Selbst das potentiell hoch veranschlagte Störpotential Russlands könnte verkraftet werden. Denn solange die Modernisierung des Landes stockt oder nur schleppend vorankommt und somit die Industrie nicht technologisch hochwertige und wettbewerbsfähige Produkte auf dem Weltmarkt absetzen kann, bliebe die Abhängigkeit Russlands von Einnahmen aus den Energie- und Rohstoffexporten in das EU- und NATO dominierte Europa extrem hoch. Der Aufbau einer entsprechenden Pipelinetransport-Infrastruktur wäre für Moskau immens kostspielig und zeitaufwendig.

Selbstverständlich bemänteln Außenminister mit diplomatischen Floskeln bei öffentlichen Auftritten wie zu Ehren des 20-jährigen Jubiläums des *Deutsch-Russischen Forums* jüngst im Mai in Berlin, pflichtgemäß den Ernst der Lage.

Westerwelle, der an anderer Stelle vom Prinzip einer normativ wie interessengeleiteten deutschen Außenpolitik sprach, betonte in seiner Rede wie wichtig die Partizipation einer „lebendigen“ Zivilgesellschaft zur Lösung globaler Fragen sei. Beide Länder müssen sich auf einen „offenen Dialog im partnerschaftlichen Geist“¹⁵ einlassen, in dem „Meinungsunterschiede“ selbstverständlich seien und angesprochen werden müssten. In einer vernetzten Welt könnten die Aufgaben der Zivilgesellschaft nicht durch Landesgrenzen begrenzt werden, denn gerade in Europa gelte der Anspruch auf grenzüberschreitende politische Anteilnahme prinzipiell. Westerwelle betonte unmissverständlich, dass die „Partnerschaft mit Russland für uns von strategischem Interesse“ sei und dass beide Länder mehr „Gemeinsamkeiten“ verbinde als Differenzen. Zudem könnten die globalen Herausforderungen nur gemeinsam gelöst werden. Der deutsche Außenminister betonte ferner die gute Kooperation bei der Lösung internationaler Probleme wie die Nuklearfrage des Iran, die Gemeinsamkeiten beim Kampf gegen den internationalen Terror und sprach die Hoffnung aus, dass die *trilaterale Zusammenarbeit mit Polen* den „Kern für eine breitere Kooperation ohne künstliche Trennlinien“ voranbringen könnte. Auf dem dornigen Feld der europäischen Sicherheitspolitik werde sich Berlin für gemeinsame Lösungen auch bei der Frage der Raketenabwehr einsetzen.

Unverkennbar war, dass die Chemie zwischen dem russischen Außenminister und Westerwelle zu stimmen schien. Das war nicht immer so. So wurde in der rot-grünen Koalition dem damaligen Außenminister Fischer faktisch die Kompetenz für Russland entzogen und ins Kanzleramt verlagert, weil dieser mit Igor Ivanow nicht zusammenfand. Lawrow stellte heraus, dass ein neues PKA nahezu unterschriftsreif vorliege, dass es Bewegungen in der Frage der Visafreiheit gäbe und möglicherweise der nächste EU-Russland-Gipfel in Jekaterinburg schon Ergebnisse vorweisen könne. Doch hier täuschte er sich, denn die Ergebnisse von Jekaterinburg erfüllten nicht die russischen Erwartungen. Lawrow verwies auch auf die gute internationale Zusammenarbeit zwischen Moskau und Brüssel in Fragen von Konfliktlösungen hin, wie im Tschad oder Mali oder der gemeinsamen Operation gegen Piraterie. Auch in der schwierigen Frage des Bürgerkriegs in Syrien schien die Verständigung über eine politische und nicht militärische Lösung ausgeprägt

¹⁵ Guido Westerwelle, Rede anlässlich der Konferenz zum 20-jährigen Jubiläum des Deutsch-Russischen Forums, Berlin Altes Museum, 15.05.2013

Lawrow unterstrich, dass beide Länder „unerschöpfliche Kooperationsmöglichkeiten“ hätten¹⁶. Ermahnend nahm er indirekt auf die innerdeutsche Debatte Bezug und bemerkte, dass „Russland und Deutschland angesichts neuer Herausforderungen und Gefahren auf überholte ideologische Stereotypen und Dogmen, auf voreingenommene Einschätzungen und erdachte Ansprüche verzichten sollten, um die strategische Partnerschaft zu festigen“¹⁷. Lawrow reflektierte implizite die Grundlinien der russischen Außenpolitik wie sie am 12. Februar 2013 im *Russian Foreign Policy Concept* von Präsident Putin vorgestellt wurden. „The main task of Russia’s international activities is to create favorable external conditions for an upsurge of the economy, for putting it on the track to innovation and raising the people’s standards of living.“¹⁸ Lawrow betonte, dass daher Russland seine Ziele nur unter Bedingungen von “international stability“ erreichen könne. Die politische Führung in Moskau sei sich bewusst, dass die Welt gerade einen “sharp turn” erlebe und in eine Phase von “profound change” eingetreten sei. Die anschwellenden Herausforderungen für alle Akteure bestehen demzufolge darin, dass die Folgen dieser Veränderungen „practically impossible to predict“ seien¹⁹. Um das Hinüberwechseln des bissiger werdenden internationalen Wettbewerbs in militärische Auseinandersetzungen zu verhüten, bedarf es der „collective leadership of the major world powers“. Die technologisch-innovative Modernisierung stehe im engen Zusammenhang mit den Zielen der russischen Außenpolitik und richte sich darauf „to form a stable and – ideally – self-regulating, polycentric system of international relations in which Russia, by rights, plays the role of a key center“. Russland verfolge daher eine „multi-vector foreign policy“, die sich in der Teilnahme am G20, G8, SCO und dem

¹⁶ In diesem Sinne muss Putins Vorschlag auch interpretiert werden, dass beide Akteure zusammenwirken sollten, um eine “harmonious community of economies from Lisbon to Vladivostok, which will, in the future, evolve into a free trade zone and even more advanced forms of economic integration” zu schaffen; in: The Europe factor **Vladimir Putin** on foreign policy: Russia and the changing world 27/02/2012, in: http://valdaiclub.com/russia_and_the_world/58780.html Putin betont in dieser Rede, dass Russland ein großes Interesse an einem starken und stabilen Europa habe. „We have a stake in ensuring a strong EU, as envisioned by Germany and France. It is in our interests to realize the enormous potential of the Russia-EU partnership.“

¹⁷ **Peter Brinkmann**, Lawrow: Neues EU-Abkommen bald unterschriftsreif, in: Russland HEUTE 17. Mai 2013; http://russland-heute.de/politik/2013/05/17/lawrow_neues_eu-abkommen_bald_unterschriftsreif_23737.html.

¹⁸ **Sergei Lawrow**, Russia's foreign policy philosophy, in: RUSSIAN INTERNATIONAL AFFAIRS COUNCIL, 05.04.2013, http://russiancouncil.ru/en/inner/?id_4=1697#top

¹⁹ So auch der ehemalige russische Außenminister **Igor Ivanow** in seinem Interview im März 2013 mit der russischen Nachrichtenagentur „RIA Novosti“. Ivanow beschreibt das Misstrauen zwischen Akteuren der internationalen Politik als das Hauptübel. „...während dem Kalten Krieg war das Mißtrauen mit der Ideologie zu erklären, jetzt aber geht das Mißtrauen von der Unvorhersehbarkeit in der Beziehungen hervor, wenn eine Seite nicht weiss, was die andere macht“. (<http://ria.ru/interview/20130322/928562935.html>)

Konstrukt der BRICS manifestiere. Moskau, so die etwas hochgestochene Selbsteinschätzung, fungiere schon heute als „balancing factor in international affairs“. Dieser Zielansprache ist prinzipiell wenig entgegenzusetzen, sie deckt sich aber nicht mit der Realität. In einem Interview für Channel One und der Associated Press news agency vom 4. September 2013 verdeutlichte Präsident Putin die Ablehnung militärischen Eingreifens in Syrien, weil erstens die von Washington vorgelegten Belege keine eindeutige Beweiskraft hätten und es zweitens „simply absurd, it’s illogical in the first place“ wäre, falls solche chemischen Kampfmittel vom Assad –Regime eingesetzt würden. Das Regime befände sich auf dem Vormarsch gegen die Rebellen und jeglicher Einsatz solcher Waffen würde die Gefahr einer externen Intervention bewirken.²⁰ Sollte sich die Beweislage aber ändern, würde auch Russland, vorausgesetzt der Sicherheitsrat stimme zu, einem Militärschlag nicht ablehnend gegenüberstehen.²¹

Nun, in der Anbahnung einer Verhandlungslösung im Syrienkonflikt hat Moskau bewiesen, dass es nicht nur einen Platz auf der „globalen Bühne der Machtpolitik“²² zurückgewann, sondern auch eine kreative Initiative zur Konfliktlösung unterbreiten konnte, der von der Obama-Administration dankbar aufgegriffen wurde. Die Akzeptanz des russischen Vorschlags deutet auf eine übereinstimmende Einschätzung der Lage, dass gleichwie der Konflikt in Syrien ausgeht, unter allen Umständen verhindert werden müsse, dass Massenvernichtungswaffen in die Hände von Dschihadisten fallen. Und in diesem Fall kann nur Moskau die Eliminierung der Chemiewaffen überwachen und bei der Implementierung Schutz bieten.

Diese Übereinkunft hat noch keine Rückwirkungen auf die europäisch/deutsche Russlandpolitik gezeitigt. Skeptisch ist weiter zu beurteilen, dass Moskau auch mit praktischen Angeboten, die allerdings von der EU oder ihren Mitgliedsstaaten dann auch aufgenommen oder zumindest getestet werden müssten, in naher Zukunft aufwartet wird. Initiativen, abgesehen von der permanenten Forderung nach visafreien Reiseverkehr, sind gegenwärtig kaum zu erkennen. Im Hinblick auf die im Juni 2010 in *Meseberg* verabredeten

²⁰ Interview to Channel One and Associated Press news agency, 4. 09.2013, in: <http://eng.kremlin.ru/news/5935>

²¹ Ebenda: “I do not rule that out, but I would like to draw your attention to one absolutely key aspect. In line with existing international law, only the United Nations Security Council could sanction the use of force against a sovereign state. Any other pretext or method to justify the use of force against an independent sovereign state is inadmissible and can only be interpreted as an aggression.”

²² Guy Verhofstadt, Assad muss weg, in: FAZ, 11.10.2013, S.10.

Ziele, die auch eine Lösung des Transnistrienproblems ansprachen, ist sogar eine Kehrtwende der russischen Politik seit 2012 feststellbar. Denn die vom Stellvertretenden Premierminister Dmitri Rogosin jüngst angekündigte Entwicklungshilfe für Tiraspol, dort eine Art Schaufenster der Eurasischen Union zu eröffnen, klingt wie ein Rückgriff in die Kalten Kriegsmetapher des Berlin-Status. Zweifellos soll Druck auf die innenpolitische Entwicklung in Moldau ausgeübt werden. Die Geopolitik kehrt auf beiden Seiten also im vollen Schwung wieder zurück.

Obwohl beide Außenminister in ihren Festbeiträgen unisono Wert darauf legten, *mehr das Verbindende als das Trennende herauszustellen*, nahmen die Medien den Ball nicht auf und stellten in Abrede, dass die partnerschaftlichen und engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland dazu beigetragen hätten, dort demokratische Prozesse voranzubringen und die russische Zivilgesellschaft gegen Angriffe des Staates zu schützen. Veser spitzt seine Thesen außerdem zu, dass die „Beschwichtigungspolitik“ nichts erbracht habe. Nach „mehr als zwei Jahrzehnten dieser Politik erlebt Russland heute eine Welle der Verfolgung von Opposition und Zivilgesellschaft, wie es das zuletzt in der Zeit vor Gorbatschow gab“²³. Die Politik des „geduldigen Dialogs“ sei gescheitert, denn „Putin und Konsorten, die Politik als Nullsummenspiel ansehen, verstehen so etwas als Zeichen der Schwäche - und als Aufforderung zu versuchen, Deutschland die eigenen Spielregeln aufzuzwingen.“ Die Kongruenz der Argumentationslinien zwischen der amerikanischen Rechten und deutschen Korrespondenten ist schon frappierend.

Mit dieser Attacke enden bei Veser wie auch bei vielen seiner Mitstreiter die eingesetzten Mittel: was soll aus einer solchen Beschreibung für die praktische Politik folgen und welche Folgen hätte eine solche Politik?

Vor der Forderung nach Sanktionen scheut Veser noch zurück, obwohl sie von anderen Kritikern durchaus vorgebracht wird. Jedoch wird offen dafür plädiert, dass die derzeitige Bundesregierung einen Kurswechsel hin zur Konditionierung deutscher Außen- und Außenwirtschaftspolitik vornehmen solle. Erstmals tauchten solche Appelle 2012 in einem Positionspapier der SWP auf, das eine „Neugestaltung der deutschen Russlandpolitik unter

²³ **Reinhard Veser**, Deutsch-russisches Verhältnis Nicht nur Hintergrundmusik, in: FAZ 15.05.2013.

dem Titel „Prämissen hinterfragen“²⁴ einforderte und nicht davor zurückscheute, Tradition und Kontinuität der deutschen Ostpolitik seit den 1970er Jahren zu verwerfen. Der Konnex zu den Thesen von Lilja Schewzowa oder einschlägigen Schriften der amerikanischen Heritage Foundation oder des American Enterprise Institutes ist eindeutig. Stewart platzierte ihre Thesen zeitlich geschickt, denn aufgrund innerpolitischer Vorgänge in Russland, nämlich zunehmender administrativer Gängelung von Protestaktionen und Aktivisten in Gefolge der Fälschungen bei den Dumawahlen 2011 zum einen und der erneuten Präsidentschaft Putins zum anderen, herrscht in Kreisen der Berliner Politik eine Art Niedergeschlagenheit, die sich im Laufe des Jahres 2012 noch verstärkte, weil die erhofften Durchbrüche der Protestbewegung ausblieben. Der Kreml setzte weder auf Dialogbereitschaft noch waren die urbanen Protestbewegungen stark genug, um Veränderungen durchzudrücken. Bereits Mitte 2012 flaute die Proteststimmung ab, die Massenbewegung polarisierte sich in unterschiedliche extreme politische Fraktionen, wobei die als demokratisch indizierten Gruppen den geringsten Zulauf hatten. Jedoch dieser Umstand wurde medial verschwiegen. So geisterten Bilder durch die elektronischen Medien, die höchst einseitig und tendenziös waren, d.h. eine Realität vorgaukelten, die nicht mit der Realität der russischen Protestbewegung mehr übereinstimmte.

In diesem Kontext und im Einklang mit den Forderungen von Schewzowa, müssen die Thesen des SWP-Papers gesehen werden. Als Zielsetzung wird vorgegeben, dass Deutschland als Wunschpartner russischer Wirtschafts- und Politikinteressen von der bisherigen Politik der Zusammenarbeit abrücken soll. Außerdem sollten zukünftige Vorhaben genauestens geprüft und bereits bestehende Projekte überprüft werden. „Anreizstrukturen“ sollten im Mittelpunkt der Politik Russlandpolitik stehen. Konkret wird eine Verringerung des deutschen wirtschaftlichen und politischen Engagements in Kauf genommen und eine „selektive“ Vorgehensweise angeraten²⁵.

Noch deutlicher werden solche Forderung zur Neu-Justierung der deutschen Russlandpolitik in einem späteren SWP-Beitrag von Susan Stewart und Thomas Ulbrich²⁶. Die Autoren

²⁴ **Susan Stewart**, Prämissen hinterfragen, Plädoyer für eine Neugestaltung der deutschen Russlandpolitik, in: SWP-Aktuell 50, August 2012.

²⁵ **Susan Stewart**, Prämissen hinterfragen, Plädoyer für eine Neugestaltung der deutschen Russlandpolitik, in: SWP-Aktuell 50, August 2012, S. 4. „Man sollte den Mut aufbringen, laufende Projekte abzubrechen. Die kaum Ergebnisse zeitigen oder dauerhaft rein symbolischer Natur bleiben“. Gemeint sind hier Projekte der von Russland angestrebten Freihandelszone von Wladiwostok bis Lissabon oder Transportinfrastrukturprojekte.

²⁶ **Thomas Ulbrich/Susan Stewart**, Die russische Opposition in Bedrängnis, SWP-Aktuell 22, März 2013, in: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A22_ulbrich_stw.pdf.

schlussfolgern, dass das Vorgehen der russischen Regierung gegen ausländische, insbesondere amerikanische NGOs und deren russische Partner, auf einen „ausgeprägten Antiamerikanismus“ zurückzuführen ist. Nun, da die USA nicht mehr so flexibel in Russland arbeiten können, weil einige Organisationen das Land verlassen mussten, schlagen die Autoren vor, sollten „Deutschland und die EU“ einspringen und die Arbeit der US-Institutionen übernehmen. Außerdem könnte eine „klar artikulierte deutsche bzw. EU-Position“ für die unterdrückte russische Opposition ein hilfreiches „Signal“ sein, dass allerdings „nicht auf Worten beschränkt“ bleiben dürfte. Worauf denn dann, fragt sich der Leser. Hier soll doch Klartext geredet werden²⁷. Zieht man ein Fazit aus mehr als zwei Dekaden relativ erfolgreicher Arbeit der deutschen politischen Stiftungen in Russland und den GUS-Staaten, so haben diese immer gut daran getan, sich nicht zu eng auf die Arbeit der amerikanischen Stiftungen einzulassen. Philosophie und operative Handlungsweise wie Ziele klafften doch stark auseinander.

Diese Thesen²⁸ dienten als Steilvorlage für eine Resolution des Deutschen Bundestages, in der die russische Regierung aufgefordert wurde, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken und mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. Die Resolution, Teile der CDU-Resolution wurden vom deutschen Außenministerium noch „entschärft“, wurde mit den Stimmen der CDU/CSU, der FDP und der Grünen angenommen. Die SPD hatte eine eigene Resolution eingebracht, die auf die Traditionen der deutschen Russlandpolitik rekurrierte und sowohl Kontinuität als auch Kritik an Menschenrechtsverletzungen anmahnte.

In der deutschen Politik spielt sich ein ungehörter Vorgang ab, der seit der *Hallstein Doktrin* seines gleichen sucht. *Nichts weniger als die Konditionierung der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik gegenüber Moskau wird von Experten und Politikern aus der CDU und den Bündnisgrünen eingefordert.*

²⁷ Eine ähnliches Vorgehen, d.h. die Re-Fokussierung der deutschen Russlandpolitik weg vom wenig Ertrag bringenden Dialog mit den Machtgruppen schlägt auch ein Mitarbeiter der DGAP, Stefan Meister, vor: „Daher sollte in Zukunft weniger die russische Elite zentraler Ansprechpartner deutscher und europäischer Politik sein, sondern mindestens ebenso die Bevölkerung und die Zivilgesellschaft des Landes.“ In „Gelenkte Modernisierung gescheitert“, in: DGAP-Standpunkt 14, Dezember 2011.

²⁸ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/113/1711327.pdf>

Federführend war sicherlich die SWP, die als überparteiliches Beratungsorgan der deutschen Außenpolitik fungiert. Ein zweifelhafter Erfolg im ansonsten beratungsresistenten Umfeld von Regierung und Parteien. Die in den Papieren zum Ausdruck gebrachten Ansichten wurden von einer breiten konzertierten Aktion aus Medien, NGOs und Politikern nahezu aller Parteien begierig aufgegriffen. Menschenrechte und Demokratie wögen mehr als wirtschaftliche Interessen, lautet fortan ihr Kampfgruß. Durch erhöhten internationalen Druck und Androhung der Ächtung soll in Moskau, ganz im Sinne des Urvaters solcher Vorstellungen, George Bush, ein „Regime Change“ eingeleitet und vor allem die unisono zur „Bête Noir“ hochstilisierte Figur Putin weggedrängt werden.

Rückblick

Trifft die These vom sich anbahnenden Paradigmenwechsel zu, so scheint ein kurzer Rückblick obligat, um Dimension, Qualität und mögliche Perspektive der deutsch-russischen Beziehungen, die seit Maastricht in den PKA, dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland eingebettet sind, erneut zu bestimmen. In diesem Rückblick soll ebenso holzschnittartig auf Grundstömungen und Kraftkonstellationen hingewiesen werden, die sich im internationalen System und auf kontinentaleuropäischen Boden seit dem Untergang der UdSSR in den letzten zwei Dekaden herausbildeten und die deutsch-russischen Beziehungen nachhaltig beeinflussten.

Dass das Verhältnis zwischen Berlin und Moskau sich in jüngster Zeit eintrübte, verwundert umso mehr, weil sich seit dem Abschluss des Vertrages von Moskau am 12. August 1970 zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland und trotz nachfolgender turbulenter Phasen im Kalten Krieg die Beziehungen beiderseitig erstaunlich stabil entwickelten. Sie waren interessengeleitet und zielorientiert. Der Moskauer Vertrag wurde zum Auftakt für eine Kaskade von Folgeabkommen mit den damaligen RGW-Staaten. Diese Schritte hin zur „*Normalisierung*“ wurden um wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Bereiche erweitert und schlossen letztlich auch die damalige DDR ein.

Insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet wurde von der damaligen Bundesrepublik Mitte der 1970er Jahre mit dem Röhrengeschäft, sich nämlich den Export von Pipelines durch russische Öllieferungen bezahlen zu lassen, nicht nur ein entscheidender Schritt hin zur Sicherung der

Energieversorgung Deutschlands getan. Bis zur Gaskrise 2004/5 kam es zu keinen nennenswerten Störungen des Energietransportes aus Russland. Die Anerkennung Deutschlands als wichtiger und bevorzugter Handels – und Investitionspartner Moskaus, ließ Deutschland aus der Rolle des Feindes trotz NATO-Mitgliedschaft herausschlüpfen. Eine nachhaltige und dauerhafte Phase der Normalisierung begann. Ohne den Gedanken weiter zu verfolgen, trug diese Beziehung zur Revision und Aufbereitung des vormals negativen Bildes vom revanchistischen und sich erneut militarisierenden Deutschland in der sowjetischen Propaganda bei. Dieser Faktor war u.a. eine nicht zu unterschätzende Vorbedingung zur deutschen Wiedervereinigung, zu der es anderthalb Dekaden später kam. In diesem Kontext kann also sehr deutlich auf einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Beziehungen, gesellschaftspolitischen Wandel und Außenpolitik verwiesen werden.

Seither weiteten sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern stetig aus, verliefen verhältnismäßig konfliktfrei und überdauerten sogar die schlimme Dekade nach dem Untergang der Sowjetunion. Allerdings sollte festgehalten werden, dass die gesellschaftlichen wie politischen Folgen des Zusammenbruchs der Sowjetunion die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern nahezu zum Erliegen brachten. Das postsowjetische Russland taumelte eine Dekade lang am Rande einer permanenten Systemkrise. Die Industrie brach zusammen und die früheren Märkte in Mitteleuropa (RGW/Warschauer Pakt) gingen für Moskau ebenso verloren wie Positionen in den Schwellenländern und in Ländern der Dritten Welt. Staat und Konzerne konnten weder Löhne zahlen noch die Mittel aufbringen, um soziale Sicherungssysteme zu erhalten oder erforderliche Instandhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen durchzuführen. Teile und Sektoren der Wirtschaft wie auch staatliche Institutionen verabschiedeten sich aus monetären Kreisläufen, kehrten zur Barter-Wirtschaft zurück. Erst nach dem finanziellen Kollaps des postsowjetischen Staates im August 1998 und infolge der massiven Abwertung des Rubels erholte sich die russische Wirtschaft langsam.

In Moskau waren sich die an die Macht gespülten Reformer um den damaligen Präsidenten *Boris Jelzin* der Schwäche des Landes bewusst. Finanzielle Ressourcen für staatliches Handeln fehlten, denn die Energiepreise bewegten sich seit Jahren auf niedrigem Niveau und Steuern blieben aus. Zudem befanden sich die alten Sowjetapparate noch im Stadium ihrer Auflösung. Hyperinflation und Verelendung ließen den Rückhalt für den Reformkurs in der Bevölkerung schwinden. Die noch hauchdünne Mehrheit in den ersten Parlamentswahlen

1993 zerstob alsbald und bis zum Ende seiner Ära 1999 verfügte der Kreml nie über eine Mehrheit in der Staatsduma. Die Opposition aus Nationalisten und Kommunisten dominierte ab 1995. Alle Ansätze eine starke Reformpartei, eine „*Partei der Macht*“ aufzubauen, scheiterten. Zur Fortführung des innenpolitischen Reformkurses und zur Sicherung der eigenen Führungsrolle musste daher die Außenpolitik erhalten. Die von Regimekritikern spöttisch kritisierte Phase der „**romantischen Westorientierung**“²⁹ gab dem Jelzin-Regime jedoch einen gewissen Halt und eröffnete Hoffnungen auf finanzielle Unterstützung von außen, die aber nicht kam.

Zu keinem Zeitpunkt gelang es Moskau in dieser als „*verlorene Dekade*“ definierten Zeitspanne der 1990er Jahre zu einem aktiven, mitgestaltenden Akteur der internationalen Politik zu werden. Störfunktionen überwogen, die wiederum das Land weiter international und in Europa marginalisierten, so durch die ungeschickte Parteinahme für das serbische Regime in den Balkankriegen.

Im Kontext der fundamentalen Veränderungen im Zuschnitt des internationalen Systems nach dem Ende der Bipolarität war das postsowjetische Russland zum Objekt der internationalen Politik, die von den USA und einigen NATO-Staaten dominiert wurde, denaturiert.

Die anfängliche Westorientierung war jedoch in ihrer primär innenpolitischen Funktion, nämlich den Reformprozess gegen seine Gegner abzusichern, durchaus erfolgreich.

Grundelemente einer neuen politischen Ordnung, die sicherlich nicht demokratisch genannt werden kann, wurden geschaffen. Das *System Jelzin* kam bis zu seinem Ende 1999 ohne parlamentarische Mehrheiten aus, weil es sich auf gesellschaftlich nicht kontrollierte oder gar legitimierte Machtgruppen stützte, die in entscheidenden Etappen rücksichts- und skrupellos das System aus Eigeninteressen stützten.

Die Wahlfälschungen von 1996 oder gar die beiden Kriege gegen Tschetschenien wurden in westlichen Medien und Regierungen zwar angeprangert, aber seltsamerweise kaum mit Jelzin in Verbindung gebracht. Dass Oligarchen und regionale Machthaber im Verein mit ausländischen Interessengruppen daran gingen, das Land auszuplündern, wurde unter dem in der EU und den USA kolportiertem Schein, dass es keine Alternative zu Jelzin gäbe, medial verniedlicht oder gar vertuscht. Realiter ruhte das *System Jelzin* auf drei Säulen: Erstens auf magere Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds/IMF; zweitens auf das innenpolitische Zusammenspiel der russischen Oligarchie mit korruptem Staatsbeamten und

²⁹ Dazu **Ernst Piehl/Peter W. Schulze/Heinz Timmermann**, Die offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau, Berlin 2005, S. 133ff.

drittens auf Eigeninteressen der regionalen Machthaber, die sich in Rankünen zur Machtsicherung der Kremlgruppen nicht einmischten.

Die europäisch-russischen Beziehungen³⁰ zeichnen sich durch eine seltsame Paradoxie aus. Das Partnerschaft und Kooperationsabkommen/PKA³¹, ausgehandelt 1994, aber erst 1997 ratifiziert, lief nach zehnjährigem Wirken 2007 aus. Weil Verhandlungen über ein zeitgemäßes, den veränderten Bedingungen in der Weltpolitik und in Europa Rechnung tragendes Abkommen bislang ergebnislos blieben, ruhen die Beziehungen seither auf einem ideell-anachronistischen Referenzrahmen, den beide Seiten von Beginn an als nicht erfüllbar ansahen, gleichwohl jedoch stillschweigend akzeptierten. Dieser Rahmen wurde dann 2002 in St. Petersburg durch die schon konkreter konturierten und ausgehandelten, aber bislang nicht in ein Folgeabkommen integrierten vier Kooperationsräume, ergänzt.

Festzuhalten bleibt somit, dass es keiner Seite in den zurückliegenden Dekaden gelang, eine grundsätzliche Bestimmung ihrer Beziehungen vorzunehmen, ob sie Gegner, Partner oder Konkurrenten seien. Zu fragen wäre daher, ob es sich um ein schlichtes Versäumnis oder um die Besorgnis handelte, sich auf eine Konzeption zu verständigen und damit auch Implementierungsschritte festlegen zu müssen?

Die europäisch -russischen Beziehungen sind dennoch mehr als das PKA. Denn trotz beidseitiger Nichterfüllung entwickelte sich ein erstaunlich breit gefächertes und dichtes Netz von Gipfel- und Dialogforen, Gesprächsrunden und Fachkontakten. Selbst die transatlantischen Beziehungen der EU sind nicht so ausprägt wie die zur Russischen Föderation. Gleiches gilt für das russisch-amerikanische Verhältnis. Intensive bilaterale Kontakte zu den wichtigsten Mitgliedsländern der EU stützen die EU-Russland-Beziehung zusätzlich ab.

Und in diesem Kontext entwickelten sich die deutsch-russischen Beziehungen seit Beginn des Millenniums dynamisch, denn die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbesserten sich und das Land benötigte an Waren nahezu alles. Aber nicht nur Waren und Investitionen waren gefragt. Die Beratungstätigkeit der politischen deutschen Stiftungen erfolgte auf allen Ebenen der Russischen Föderation, Sie war außerdem von russischer Seite

³⁰ Ausführlich dazu: **Winfried Schneider –Deters/Peter W. Schulze/Heinz Timmermann**, Die Europäische Union, Russland und Eurasien- Die Rückkehr der Geopolitik, Berlin 2008, S.138ff.

³¹ http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de//FTU_6.4.2.pdf

erwünscht, bereicherte die sich entfaltende Dialogkultur und trug zur Ausgestaltung der politischen und gesellschaftlichen wie rechtsstaatlichen Ordnung bei. Der Einfluss der politischen Stiftungen war in den 1990er Jahren wesentlich größer weil Beratungsbedarf bei nahezu allen Fragen der Neugestaltung der politischen Ordnung bestand.

Das galt auch noch für die ersten beiden Amtsperioden unter dem seit 2000 amtierenden Präsidenten Putin. In diesem Zeitraum durchlebte Russland jedoch infolge extrem hoher Nachfrage nach Rohstoffen und Energieträgern durch die asiatisch-pazifischen Wachstumsregionen einen gewaltigen Wirtschaftsaufschwung. Die Politik konnte wieder gestalten auf Gesellschaft und Wirtschaft einwirken und in dem Maße wie sich die Gesellschaft durch die wirtschaftliche Prosperität im neuen Millennium konsolidierte, verengten sich der Wirkungsgrad und die Felder der politischen Stiftungsarbeit.

In der ersten Dekade des neuen Millenniums wurden die Deformationen des alten Jelzin Systems abgemildert, die Gefahren von Separatismus sogar des Auseinanderbrechens der Russischen Föderation gebannt und die boomende Wirtschaft machte Russland als Marktplatz für Handel und Investitionen attraktiv. Aber die Restitution des Staates und die Konsolidierung der Gesellschaft hatten ihren Preis: Die demokratische Ausgestaltung des politischen Systems blieb ebenso auf der Strecke wie die ehrgeizige Formel des 2000 zum Präsidenten gewählten Wladimir Putin- *eine Diktatur des Gesetzes*- zu errichten. Die *Vertikale der Macht* hingegen wurde durchgesetzt, aber die Ankündigung eines Rechtsstaates nicht eingelöst.

Mit wirtschaftlicher Erholung, innenpolitischer Konsolidierung und steigender Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Waren stieg das Interesse deutscher Konzerne an Russland ab dem neuen Millennium erheblich. Russland rückte ins Visier deutscher Wirtschaftsinteressen und in diesem Zusammenhang zahlte sich ein Umstand aus, der in den links-liberalen Medien damals mit Spott als **Banja-Freundschaft** zwischen dem vormaligen Präsidenten Boris Jelzin und dem damaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl verlacht wurde. Gerhard Schröder, als Nachfolger Kohls im Kanzleramt 1998, wehrte zwar anfangs eine solch subjektiv gefärbte, auf „Männerfreundschaft“ beruhende Politik ab. Er suchte die Beziehungen durch die Konstitution des *Petersburger Dialogs* 2001 auf eine breitere

zivilgesellschaftliche Basis zu stellen. Jedoch konnte auch er sich nicht den Mechanismen der russischen politischen Kultur entziehen, die traditionell den Handschlag höher bewertet als schriftlich fixiertes Vertragswerk. Schröder endete schließlich wie vormals Kohl in einer ähnlich subjektiv gefärbten Beziehung zum russischen Präsidenten Wladimir W. Putin. Es gab allerdings einen wesentlichen Unterschied zwischen beiden Konstrukte an Männerfreundschaft, die medial auch völlig anders aufgenommen und interpretiert wurden. Weil Russland als Akteur des internationalen Staatensystems spätestens ab Mitte der ersten Dekade des neuen Millennium zurückkehrte, sich 2003 mit Paris und Berlin gegen die USA im Irak-Krieg verbündete, stand urplötzlich – verstärkt durch die in der deutschen Bevölkerung negativ rezipierte Bush-Präsidentschaft- die Gefährdung des transatlantischen Bezugsrahmens auf der Tagesordnung. Medial erschien das *Tandem Schröder-Putin als Schreckensgestalt* ab 2004 und wurde innenpolitisch instrumentalisiert.

Als Faktor darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass die Beziehungen zum postsowjetischen Russland vor allem auch von der Wertschätzung und Dankbarkeit der deutschen Bevölkerung gegenüber Michail Gorbatschow getragen waren, dem unstrittig das Verdienst gebührte, die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht zu haben. Gegen ein solch massiv bekundetes Dankbarkeitsgefühl konnte schwerlich eine konträre Politik gemacht werden. Trotz seiner engen Verbundenheit mit Jelzin, unterband Bundeskanzler Kohl jedoch nicht, dass sein damaliger Verteidigungsminister Volker Rühe zum Motor der ersten Erweiterungswelle der NATO nach Osten wurde. Mit diesem Schritt wurde die *Charta von Paris* und die nachfolgenden Ersatzkonstruktionen der „*interlocking security institutions*“ für Gesamteuropa aus den Angeln gehoben.

Zwar ebte das Gefühl der Dankbarkeit und des positiven Engagements von Städte- und Landespartnerschaften mit Russlands langsam ab, aber bis 2004 herrschte in Umfragen eine positiven Grundüberzeugung, dass Russland weder Feind noch Gegner, sondern eher als Freund eingeschätzt wurde. Sogar die Mitgliedschaft Russlands in der NATO befürwortete die Mehrheit der in Meinungsumfragen interviewten Deutschen.

Deshalb fand die Politik von Bundeskanzler Schröder gegen eine deutsche Beteiligung an der US-geführten Invasion im Irak mehrheitlich Unterstützung in der Bevölkerung. Die emotional hoch beladene Ablehnung des Krieges und die sich daraus anbahnende sicherheitspolitische Kooperation zwischen Paris, Moskau und Berlin wurden zweifelsohne von politischen

Kräften als Bedrohung der transatlantischen Verbundenheit eingestuft. Die Möglichkeit jedoch, diese Kooperation zu einem Baustein für ein Gesamteuropäisches Sicherheitssystem auszubauen, wurde durch die Wahlniederlage der SPD unterbunden. In der Großen Koalition aus SPD und CDU/CSU wurde ab 2005 zwar eine pragmatisch orientierte, den deutschen Wirtschaftsinteressen angemessene Russlandpolitik weiter verfolgt, die abgewogen zwischen den USA und Moskau balancierte. Doch diese Politik war mehr auf Erhalt des sicherheitspolitischen Status quo fixiert, als dass sie das zuvor betretene Neuland weiter hätte explorieren wollen.

Zudem wurde die transatlantische Tradition deutscher Außenpolitik durch den Amtswechsel im Weißen Haus zu Obama unterstützt. Die Bush-Administration war abgewählt und damit entfiel der anti-Amerikanische Stachel bei den Protestbewegungen in Deutschland und der EU. Obamas zaghafter Versuch schließlich auch mit Moskau einen „Neubeginn/reset“, zu wagen, fand in der deutschen Politik Zustimmung. Das Ende der Großen Koalition 2009 führte nicht zu einem gravierenden Wechsel in der deutschen Russlandpolitik. Ein wesentlicher Grund dafür war sicherlich, dass mit dem Amtswechsel 2008 im russischen Präsidentenamt die deutsche Außenpolitik Hoffnungen hegte, dass der neue Präsident Dmitri Medwedew einen anderen Politikstil an den Tag legte und wesentlich kompromissbereiter sich verhielt als vormals Putin, der seit seinem Auftritt bei der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 als nationalistischer Hardliner geächtet wurde.

Asymmetrische Krisenentwicklungen, Paradigmenwechsel und der ökonomische Faktor in den deutsch-russischen Beziehungen

Spätestens seit den schier ausweglosen Rettungsanstrengungen für Griechenland und für andere fragile Staaten des Mittelmeerraumes sollten wir uns mit der Idee vertraut machen, dass sich nicht nur die Euro-Staaten in der Europäischen Union, sondern Gesamteuropa, einschließlich der Russischen Föderation, im Umbruch befinden. Asymmetrische Tendenzen hatten schon vorher die Integrationsfähigkeit der EU seit den Wellen der Osterweiterung unterlaufen. Hingegen hatte Russland mit Beginn des neuen Millenniums die über eine Dekade lang währende wirtschaftliche und politische Depression abgestreift. Festzuhalten bleibt allerdings, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2009 sowohl den hohen Grad an

Interdependenz zwischen den EU-Mitgliedsländern als auch der EU mit Russland offen legte. Der wirtschaftliche Abschwung ab 2009 in Russland war primär Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU und wurde durch die Abschwächung der Nachfrage nach Energie und Rohstoffen durch die asiatischen Wirtschaftsregionen verstärkt.

Bei einigen Mitgliedsländern der EU kann man fast von einer systemischen Dimension der Krise sprechen, weil wirtschaftliche, finanzielle, soziale und politische Prozesse sich gegenseitig verstärken und die staatliche Handlungsfähigkeit partiell außer Kraft setzten. In Europa hat sich ein Prozess der wirtschaftlichen und damit auch der sozialen und politischen Ungleichmäßigkeit sowie Ungleichzeitigkeit von Entwicklung eingestellt, der sich spätestens mit der Einführung des Euro ankündigte. Galoppierende Staatsverschuldung und Eurokrise sowie die abnehmende internationale Wettbewerbsfähigkeit von Mitgliedsstaaten der EU illustrieren die Folgen der Globalisierung, in der nur noch vereinzelt europäische oder US-amerikanische Wachstumszentren die Bedingungen einer neuen globalen Arbeitsteilung zu definieren vermögen. Die Gefahr ist nicht gebannt, dass die EU zu einer Transferunion mutieren und sich infolgedessen innerhalb der EU neue Dominanzverhältnisse herausbilden könnten. Die mögliche Formierung eines *Kerneuropas* ist nicht mehr bloße Schimäre. Unterstellt man eine solche Entwicklung würden nicht nur die Außenbeziehungen der EU tangiert, auch das deutsch-russische Verhältnis gewänne an Bedeutung und gewänne vielleicht ein anderes Profil.

Gerät das Integrationsprojekt künftig in noch größere Schiefelage würde die Attraktionskraft des Integrationsmodells EU noch weiter schwinden.

Zweifellos, die anhaltende Krise in der EU hat Rückwirkungen auf Osteuropa. Insbesondere ist jenes Band von Staaten zwischen Russland und der Europäischen Union betroffen, das zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer, nämlich Belarus, die Ukraine und Moldau³² liegt und das wir mit „*Zwischeneuropa*“³³ definiert haben.

Dort schrumpft der Einfluss Brüssels, grassiert EU-Müdigkeit bei der Bevölkerung, obwohl die Machtgruppen in diesen Ländern weiterhin die Illusion am Leben halten, eine sicherheits-

³² **Schulze Peter W.**, Zwischeneuropa als Wirtschaftspartner der EU oder als dauerhafte Krisenregion: Ukraine, Belarus und Russland, in Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Internationalen Instituts Liberale Politik Wien, Wien September 2012.

³³ **Piehl Ernst/ Schulze Peter W. / Timmermann Heinz**, Die offene Flanke der Europäischen Union: Russland, Belarus, Ukraine, Moldau, Berliner Wissenschaftsverlag, 2005.

wie wirtschaftspolitische Schaukelpolitik zwischen Brüssel und Moskau auf Dauer betreiben zu können. Die Realität liefert jedoch ein anderes Bild: Die politischen Führungsgruppen dieser Länder sind weder in der Lage miteinander grenzüberschreitend zu kooperieren, noch verfügen sie über Ressourcen oder den politischen Willen für die Sicherheit, Stabilität und Wohlfahrt ihrer Gesellschaften selbst Sorge zu tragen³⁴. Sie verfügen allerdings über ein erhebliches Störpotential eben aufgrund ihrer wirtschaftlichen wie politischen Unzulänglichkeiten.

Paradoxerweise war die EU der Wirtschafts- und Finanzkrise wesentlich stärker ausgesetzt als beispielsweise die Russische Föderation, so dass hinterfragt werden muss in wie weit die vielfach karikierte Abhängigkeit der russischen Wirtschaft vom Export kruder Rohstoffe und von Energieträgern sich momentan geringfügiger auswirkt als der Wettbewerb in Produktgruppen mit hohen Wertschöpfungsanteilen. Unterschiede in den Wachstumsraten der Bruttoinlandprodukte im internationalen Vergleich belegen dieses Bild. Zwar positioniert sich Russland im Vergleich der BRIC-Staaten auf einen unteren Platz, aber im Vergleich zum Euro-Raum oder zu Deutschland liegen die Wachstumserwartungen für 2013 sowie für die die kommenden beiden Jahre wesentlich höher.

Bereits 2011 schien Russland die Wirtschaftskrise, allerdings mit abgeschwächten Wachstumsraten für die Industrieprodukten und des BIP hinter sich gelassen zu haben. So wies der Euro-Raum ein Defizit von ca. 0,4% auf. Deutschland als Motor unter den Euro-Staaten schaffte noch knappe 0,8% an BIP Wachstum. Für 2013 wird von einem geringfügigen BIP-Wachstum in Deutschland von ca. 0,5% ausgegangen, was nur eine bessere Umschreibungsformel für Stagnation ist.

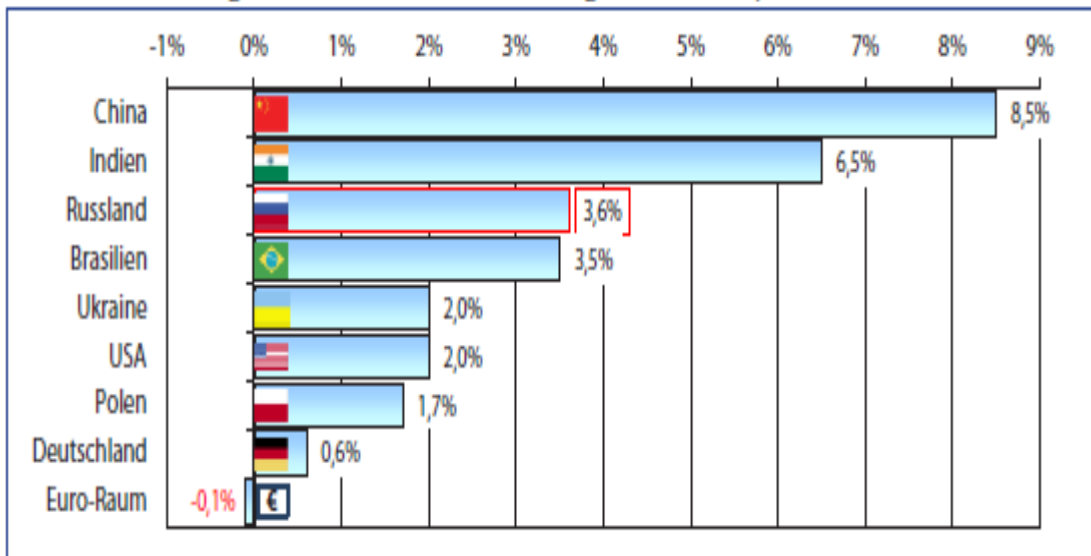
Russland konnte immerhin auf Steigerungsraten von 3,4% verweisen, die aber aller Voraussicht nach 2013 nicht gehalten werden können. Im Vergleich zu China mit 7,8% und Indien mit 5,4% nahm Russland einen der unteren Plätze in der BRICS-Gruppe ein³⁵.

Konkret, in Russland blieben die befürchteten sozialen folglich auch die möglichen politischen Krisen aus, die den Protestaktionen der liberal-urbanen Mittelschichten seit dem Frühjahr 2012 nachhaltigen Auftrieb hätten verschaffen können.

³⁴ **Erler Gernot /Schulze Peter W. (Hrsg.)**, Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle, Frankfurt/New York 2012.

³⁵ **Russlandanalysen** Nr. 251, 08.02.2013, S.12

BIP für 2012 im Vergleich zu 2011

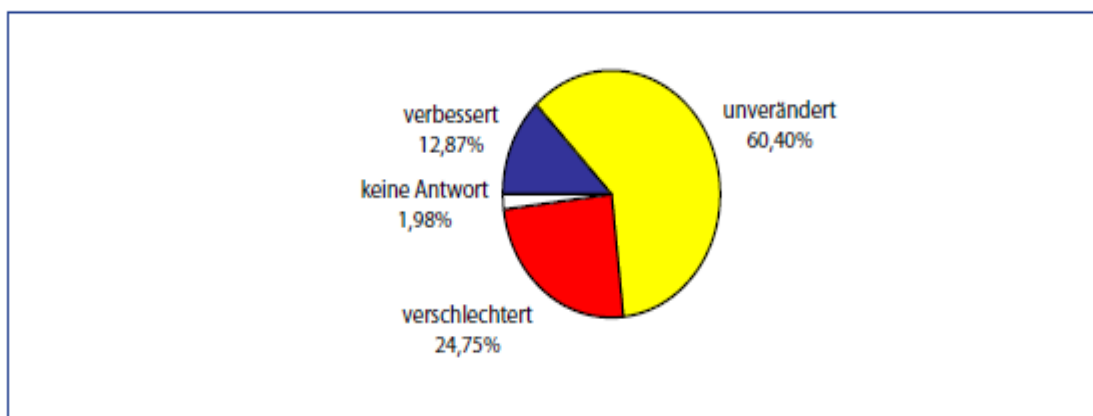


Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Für die folgenden Jahre bis 2014 wird ein angefachtetes Wirtschaftswachstum prognostiziert, das allerdings extremen Schwankungen des Weltmarktes unterworfen sein könnte³⁶.

Die Arbeitslosenrate fiel trotz sich abschwächender Konjunktur von 8,2% (2010) auf 5,3% im Jahre 2012 und erstaunlicherweise stiegen sogar die Durchschnittslöhne nachdem sie von 2008 auf 2010 abgesenkt wurden von 587 auf 644 US Dollar³⁷.

Materielle Lage der Bevölkerung



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des FOM vom 23.12.2012, <http://fin.fom.ru/Finansy/10756>

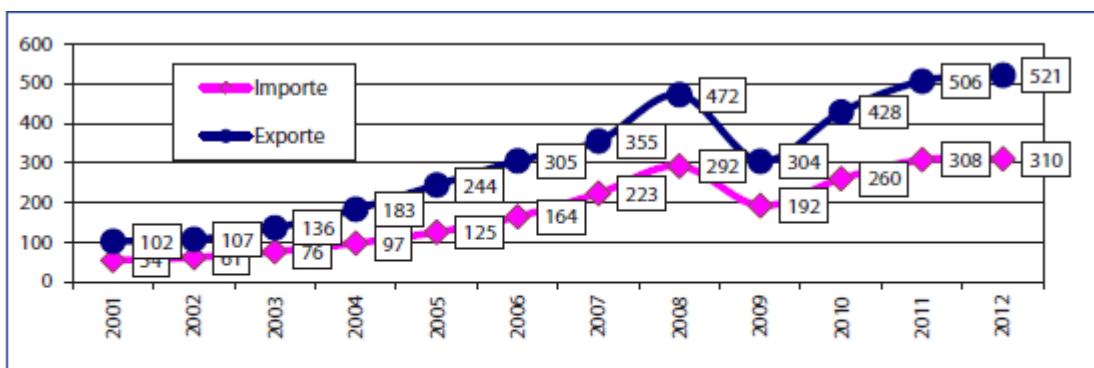
³⁶ Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt: Russland, Stand: Mai 2013.

³⁷ Russlandanalysen Nr. 251, 08.02.2013, S.13.

Entsprechend unverändert und grundlegend positiv war die Einstellung der Bevölkerung hinsichtlich ihrer materiellen Lebenslage.

Motor und Herzstück des russischen Wirtschaftswachstums sind die Exporte und hier die traditionellen Waren Energie und Rohstoffe. Vergleicht man die russische Handelsstruktur international, so lagen nicht nur die Exporte seit 2001 permanent über den Importen, innerhalb vergleichbarer Exportnationen- und Wirtschaftsräume präsentierte sich die russische Handelsbilanz (197 Mrd. US Dollar) bei weiten besser als die des Euroraumes (107 Mrd.USD) und wurde nur von Deutschland(243 Mrd.USD) und China(212Mrd. USD) im Jahre 2012 übertroffen. Die USA rangierten weit abgeschlagen im Minusbereich mit minus 744 Mrd. US Dollar.

Russische Außenhandelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. US Dollar³⁸



Quelle: BOFIT Russia Statistics, http://www.bofit.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Anmerkung: Wert für 2012: Hochrechnung auf Grundlage der Zahlen für den Zeitraum Januar bis November.

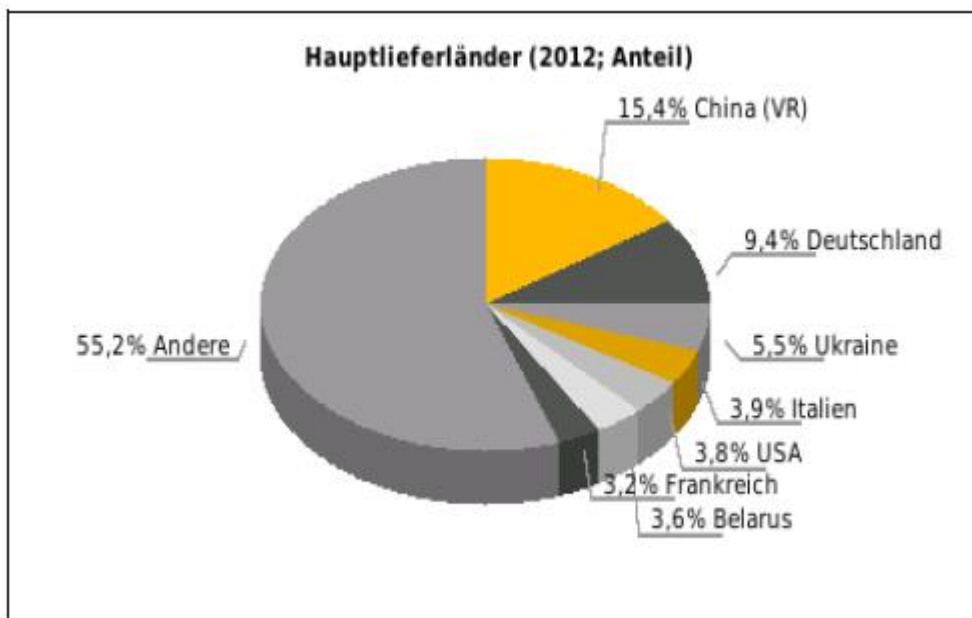
Der Handel zwischen der EU und Russland hat sich rapid positiv entwickelt. Getragen von dieser Tendenz sind zwischen der EU und Russland jene schon erwähnten dichten Gipfel-, Konsultierungs- und Dialogforen entstanden, denen es irgendwie gelang, trotz Fehlens einer ziel- und richtungsweisenden Konzeption, wohin sich die Beziehungen entwickeln sollen und welche Strategie man einschlagen sollte, Krisen, Animositäten und atmosphärische Eiszeiten zu überbrücken.

Darin drückt sich nicht, wie Kritiker oft meinen, die Energieabhängigkeit der EU von russischen Öl- und Gaslieferungen aus, sondern beide geopolitischen Akteure sind sich mehr oder minder ihrer interdependenten Lage in Europa bewusst, die letztlich zu komparativen Vorteilen für beide Seiten genutzt werden kann. Dazu gibt es kaum bessere Alternativen.

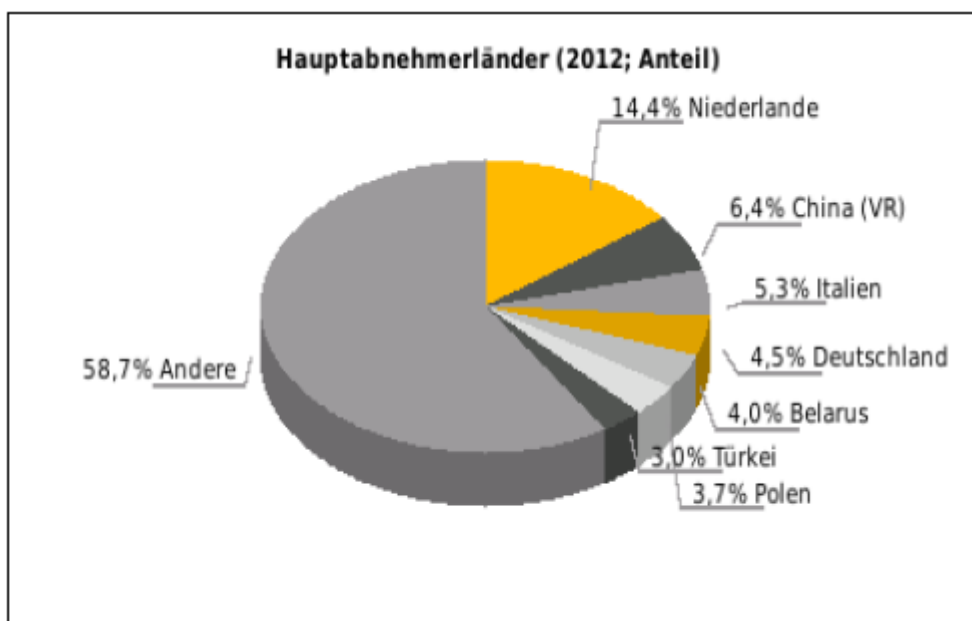
³⁸ **Russlandanalysen Nr. 251, 08.02.2013, S.15.**

Ein Blick auf die Wirtschaftsentwicklung im neuen Millennium unterstreicht diese These.

Russischer Außenhandel nach Hauptlieferländern (2012 Anteil)



Russischer Außenhandel nach Hauptabnehmerländern 2012(Anteil)



Warenhandel der EU27 mit Russland
Milliarden Euro

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Russland												
Ausfuhren	22,7	31,6	34,4	37,2	46,0	56,7	72,3	89,1	104,8	65,6	86,1	108,4
Einfuhren	63,8	65,9	64,5	70,7	84,0	112,6	140,9	145,0	178,1	117,7	160,1	199,4
Saldo	-41,0	-34,3	-30,1	-33,5	-37,9	-55,9	-68,6	-55,9	-73,3	-52,1	-73,9	-91,0
Extra-EU27 Insgesamt												
Ausfuhren	849,7	884,7	891,9	869,2	953,0	1 052,7	1 160,1	1 241,0	1 309,2	1 098,1	1 349,6	1 532,2
Einfuhren	992,7	979,1	937,0	935,2	1 027,5	1 179,6	1 352,8	1 435,1	1 566,4	1 207,8	1 509,1	1 688,1
Saldo	-143,0	-94,4	-45,1	-66,0	-74,6	-126,8	-192,7	-194,1	-257,2	-109,7	-159,4	-155,9
Russland / Gesamt												
Ausfuhren	2,7%	3,6%	3,9%	4,3%	4,8%	5,4%	6,2%	7,2%	8,0%	6,0%	6,4%	7,1%
Einfuhren	6,4%	6,7%	6,9%	7,6%	8,2%	9,5%	10,4%	10,1%	11,4%	9,7%	10,6%	11,8%

(Eurostat Pressemitteilung 82/2012 – 1. Juni 2012 <http://www.eds-destatis.de/de/press/download/2012/082-2012-06-01.pdf>)

Blicken wir genauer auf die Datenreihen, so wird aufgrund der Differenzen im Russlandhandel offensichtlicher, warum einige Mitgliedstaaten der EU engere Beziehungen

mit Russland pflegen als andere. Selbstverständlich spielen hier auch andere Faktoren hinein, die teilweise historisch bedingt sind³⁹.

Legen wir diese Daten zugrunde, so sprechen sie eine eindeutige Sprache und geben in etwa politische Orientierung und Interessen der nationalen Machteliten wider.

Mit Deutschland an der Spitze, übrigens betrug das Handelsvolumen 2012 ca. 80 Mrd Euro, fallen als größere Handelspartner Russlands nur noch die Niederlande, Italien, Frankreich und erstaunlicherweise Polen ins Gewicht. Österreich, Finnland und Schweden reihen sich auf einen mittleren Platz ein.

Es würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen, den jährlichen Zuwachs und die pro-Kopf-Verteilung des russischen BIP zu untersuchen, aber es scheint wichtig darauf hinzuweisen, dass auf den Privatverbrauch nahezu die Hälfte des Zuwachses fällt, die Bruttoinlandsinvestitionen ca. knapp ein Drittel ausmachen und der Staatsverbrauch am BIP unter 20% liegt⁴⁰. Hier liegen die Anreize für den Handel, denn die Nachfrage einer kaufkräftigen russischen Mittelklasse nach hochwertigen Waren ist ungebrochen.

³⁹ **Germany Trade& Invest**, Wirtschaftsdaten kompakt: Russland, Stand: Mai 2013, http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2012/11/pub201211268009_159230.pdf

⁴⁰ **Germany Trade& Invest**, Wirtschaftsdaten kompakt: Russland, Stand: Mai 2013, http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2012/11/pub201211268009_159230.pdf

Warenhandel der EU27 Mitgliedstaaten mit Russland
Millionen Euro

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011
EU27	86 131	108 423	160 056	199 404	-73 925	-90 982
Belgien ¹	3 458	4 804	6 200	8 888	-2 742	-4 084
Bulgarien	441	526	3 127	4 125	-2 685	-3 599
Tschech. Republik	2 673	3 758	4 893	5 234	-2 221	-1 476
Dänemark	1 268	1 516	686	1 033	582	484
Deutschland	26 270	34 324	29 900	37 973	-3 630	-3 649
Estland	844	1 324	752	1 031	92	293
Irland	342	500	147	102	195	398
Griechenland	322	394	4 794	4 100	-4 472	-3 705
Spanien	1 953	2 526	6 034	8 290	-4 081	-5 764
Frankreich	6 318	7 464	11 700	13 249	-5 382	-5 785
Italien	7 906	9 314	14 633	18 042	-6 727	-8 728
Zypern	19	19	43	24	-23	-5
Lettland	1 099	1 646	877	975	222	671
Litauen	2 450	3 341	5 758	7 429	-3 308	-4 087
Luxemburg	178	220	11	13	168	207
Ungarn	2 569	2 588	5 201	6 375	-2 632	-3 787
Malta	1	1	2	3	-1	-2
Niederlande ¹	5 926	7 106	21 747	25 766	-15 821	-18 660
Österreich	2 873	3 578	2 170	3 108	703	470
Polen	5 042	6 085	13 625	18 077	-8 583	-11 993
Portugal	120	140	413	563	-293	-423
Rumänien	831	1 018	2 040	2 093	-1 209	-1 075
Slowenien	768	970	312	408	455	562
Slowakei	1 932	2 090	4 679	6 212	-2 747	-4 123
Finnland	4 716	5 330	9 117	11 069	-4 401	-5 739
Schweden	2 195	3 061	5 452	7 116	-3 257	-4 055
Ver. Königreich	3 618	4 778	5 740	8 107	-2 123	-3 329
Extra-EU27 Insgesamt	1 349 610	1 532 247	1 509 051	1 688 110	-159 441	-155 863
Russland / Insgesamt	6,4%	7,1%	10,6%	11,8%		

Ausländische Direktinvestitionen werden vom rückkehrenden Fluchtkapital aus Zypern, angeführt. Sie verringerten sich in der Krise aber steigen seit 2011 wieder langsam an. An der Spitze der realen Investitionen stehen erstaunlicherweise die Niederlande mit einem Anteil von 15,6% an den ausländischen Gesamtinvestitionen. Danach folgen Deutschland (8,4%), UK(2,4), Frankreich(2,4), China(1,1) und sonstige mit 23,2%. Die Investitionen fließen primär in die verarbeitende Industrie, werden zur Förderung von Bodenschätzen verwendet. Ein relativ hoher Anteil entfällt auf Immobilien, Dienstleistungen und Handel.

Während schon auf die russischen Exportprodukte (Öl mit 54,4%, Chemie mit 4,7% etc.) hingewiesen wurde, so zeigen die russischen Importe seit Jahren ein ähnliches Bild. 2012 überwog der Import von Maschinen mit 16,2%, chemischen Erzeugnissen mit 11,7%, Nahrungsmitteln mit 10,2% und sonstige mit 48,1%. In diesem Kontext und aufgrund des konstant hohen Anteils an Investitionsgütern stellt sich die Frage, warum die russische Industrie bislang so wenige Produkte mit hohem Wertschöpfungsanteil hat platzieren können? Warum so wenig Informationen über den Fortgang der industriellen Erneuerung?

Auch bei den Handelspartnern Russland hat es seit einer Dekade kaum nennenswerte Veränderungen gegeben, sehen wir einmal vom boomenden Handel mit China ab.

Deutscher Außenhandel mit Russland 2012⁴¹

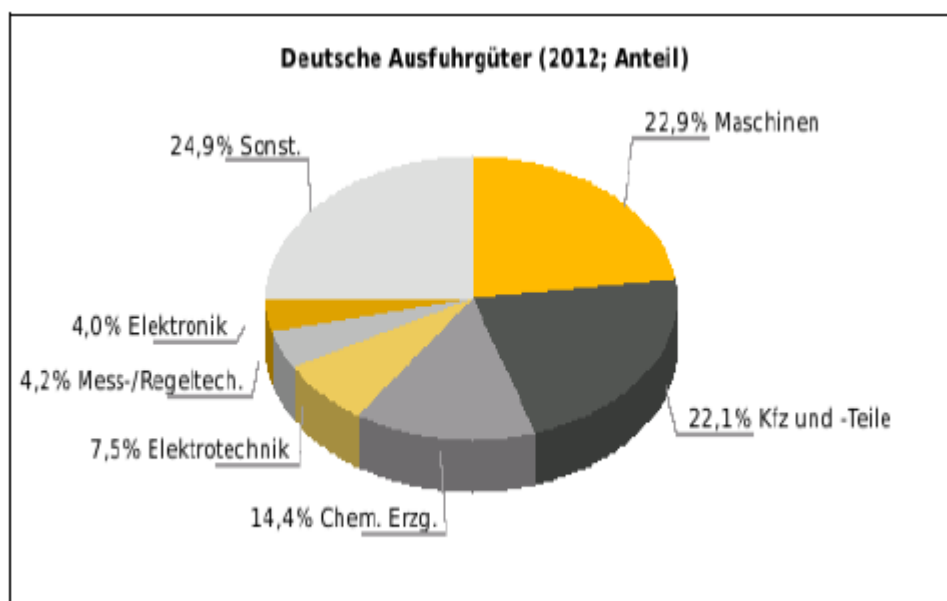
Außenhandel (Mrd. Euro)

	2010	%	2011	%	2012	%
deutsche Einfuhr	31,8	26,2	40,9	28,6	42,5	3,9
deutsche Ausfuhr	26,4	28,2	34,5	30,7	38,1	10,4
Saldo	-5,4		-6,4		-4,4	

Deutsche Einfuhrgüter nach SITC
(% der Gesamteinfuhr, 2012)

Erdöl 58,9; NE-Metalle 6,9; Chemische Erzeugnisse 1,6; Eisen und Stahl 1,4; Rohstoffe 1,3; Sonstige 29,9

Deutsche Ausfuhrgüter



⁴¹ http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2012/11/pub201211268009_159230.pdf

Investitionen

Deutsche Direktinvestitionen (Mio. Euro)

- Bestand	2008: 14.053; 2009: 14.320; 2010: 16.487*; 2011: 19.665*
- Nettotransfer (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	2009: -544,90; 2010: -1.454,93, 2011: -1.795,62; 2012: -467,27*

Direktinvestitionen des Landes in Deutschland (Mio. Euro)

- Bestand	2008: 4.305; 2009: 2.820; 2010: 3.462*; 2011: 3.183*
- Nettotransfer (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	2009: -1.430,37; 2010: +95,22*; 2011: +172,56; 2012: +266,03*

Aus den wirtschaftlichen, politischen Daten wie aus den vorangehend aufgezeigten Veränderungsprozessen in der internationalen Politik, können einige Schlussfolgerungen auf die Russlandpolitik von Mitgliedsstaaten der EU abgeleitet werden.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen für eine europäische Politik

Richtig an der Kritik jener Kräfte, die auf einen Wechsel in der deutschen Russlandpolitik drängen, ist zweifelsohne ihre Forderung nach Zielbestimmung. Übertüncht und damit praxisfern ist zweifelsfrei ihr Appell, dem Land von außen her einen „Regimewechsel“ aufzudrängen. Diese Forderung als Unterstützung für die zivilgesellschaftlichen russischen Protestgruppen vorgetragen, ist salopp gesprochen ein Rohrkrepiere. Er hat bislang nicht zum Einlenken der Regierung geführt. Eher wurde das Gegenteil erreicht. Die russische Opposition wurde durch regimetreue Propaganda desavouiert, sie stehe im Dienste äußerer Machtinteressen und das sind traditionelle immer Russlands Feinde, allen voran die USA. Mit dem absurden „Agentengesetz“ vom Dezember 2012 wurde diese Propaganda noch untermauert und stößt in der russischen Bevölkerung kaum auf nennenswerten Widerstand. So abwegig und verachtend für Bürgerrechte uns auch ein solches Gesetz vorkommen mag, im innerrussischen Kontext der Machtsicherung erfüllt es seine Funktion.

Denn so konnten mit passiver Billigung großer Teile der Bevölkerung, auch der vielbeschworenen Mittelklasse, selektiv und gezielt Repressionen gegen Führungsfiguren der Protestbewegung eingeleitet werden. Das Gros der Bevölkerung blieb passiv und die anfänglich starken Proteste wurden kärglicher. Damit war die Gefahr von Revolten wie sie westeuropäische Gesellschaften und die USA im letzten Quartal des vorherigen Jahrhunderts erlebten, vorerst für den Kreml gebannt.

Als vorläufiges Fazit bleibt, dass jedwede Ausgrenzungspolitik nur jene Kräfte in Russland stärkt, die von der EU nichts mehr erwarten und lieber auf die eurasische Karte setzen oder die Zukunft des Landes in der sich mausernden Liga der BRICS sehen. In diesem Zusammenhang ist nicht nur die Eurasische Option und der pazifische Raum zu betrachten, auch die Beziehungen Moskaus zu Ankara durchliefen eine außergewöhnlich positive Entwicklung in den letzten zehn Jahren. Zwar wäre es verfrüht und wahrscheinlich auch verfehlt schon heute von einer sich anbahnenden Achse Ankara und Moskau zu sprechen, aber das beide Länder in Sicherheits- und Einflussfragen, die das Schwarze Meer betreffen enger kooperieren als das NATO-Mitglied Türkei mit Washington, scheint belegbar. Eine Interessengemeinschaft entsteht.

Die oppositionellen Kräfte Russlands werden dabei nicht gestärkt, insbesondere nicht jene, die sich auf die EU orientieren. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, aber das gehört ja zum Repertoire der Fundamentalisten aller Schattierungen.

Aber eines hat diese Protestbewegung in Russland bisher bewirkt: der latente Funke von zivilgesellschaftlicher Partizipation ist gezündet worden. Damit ist ein kleiner Teil des Programmes des vorherigen Präsidenten Medwedew unter Mitwirkung von Wladislaw Surkow auf der Tagesordnung geblieben, obwohl deren Position im kollektiven Führungsgremium um Präsident Putin geschwächt ist. Aber die Zeit arbeitet für die damals so progressiv und vorwärts gerichteten Ideen⁴².

Beachtet werden muss, und hier stellt sich auch eine Aufgabe an die deutsche Russlandpolitik, dass diese Strömungen weiter wirken. Es gilt also einen Weg und Instrumente zu finden, um behutsam und geduldig die sich auftuende Kluft zwischen Berlin und Moskau nicht unüberbrückbar werden zu lassen und gleichzeitig den Kreml vor einem Rückfall in Reglementierungen bürokratischer Willkür und Repression abzuhalten.

Folgende Aspekte sind für eine europäische und spezifisch deutsche Russlandpolitik zu bedenken und können als **Politikempfehlungen** vorgetragen werden:

1. Die Enttäuschung in europäischen Politikkreisen über die erneute Präsidentschaft Putins muss einer pragmatischen und realistischen Politik mit einer immer wieder vorgetragenen Fülle von Angeboten weichen. Denn von russischer Seite sind abgesehen von Forderungen nach visumfreiem Reiseverkehr kaum zukunftsweisende Forderungen auf absehbare Zeit zu erwarten.
2. Die deutsche Russlandpolitik steht in einer langen Tradition mühsam erreichter und verlässlicher sowie partnerschaftlicher Beziehungen. Sie bildet einerseits für das EU-Russland eine unerlässliche Basis und bietet zum anderen die Gewähr, sollte das Interesse Moskaus an Brüssel weiter abnehmen, Moskau in einem verantwortungsvollen Dialog über europäische und internationale Fragen zu halten. Die deutsche Politik kann sich dieser Verantwortung nicht entziehen und muss getreu ihrer Fundierung die Vereinbarkeit zwischen Interessen und Normen immer wieder

⁴² Es würde in diesem Zusammenhang zu weit führen und bräuchte eingehender Analyse zu erörtern, warum das Medwedew- Interregnum scheiterte.

unter Beweis stellen. Eine einseitige Prioritätensetzung wäre den Beziehungen und den deutschen wie europäischen Interessen abträglich.

3. Angesichts der bevorstehenden Veränderungen in den Kräfteverhältnissen der internationalen Politik, siehe NIC Report „*Global Trends 2030: Alternate Worlds*“, sind von diesen Veränderungen auch die transatlantischen Beziehungen betroffen. Mit andern Worten, sowohl Rolle als auch die Hauptinteressen der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik werden für die europäischen Partner schwieriger einzuschätzen. Internationale Entwicklungen könnten einen Kurswechsel in der amerikanischen Europapolitik verlangen.
4. Für die Motoren der deutschen Wirtschaft, die Metallverarbeitende Industrie, der Anlagenbau, die Auto- und Werkzeugmaschinenindustrie ist Russland nicht nur ein wichtiger Markt, sondern auch Produktionsstandort. Dies wird umso relevanter als diese Sektoren in einem schonungslosen Wettbewerb mit Japan, China und wahrscheinlich auch bald wieder mit den USA stehen und vor allem gegenüber China Marktanteile in Ländern außerhalb der EU verlieren. Hindernisse politischer Art, die sich auf diese Sektoren der deutschen Wirtschaft negativ auswirken würden, wie etwa bei der Vergabe von Großprojekten/Aufträgen durch den russischen Staat oder protektionistische Praktiken, die die WTO-Regeln unterlaufen, würden die Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirtschaft verschärfen. Das kann nicht im deutschen Interesse sein und würde auch andere Mitgliedsstaaten der EU treffen.
5. Zur Belebung der Modernisierungspartnerschaft wäre es sinnvoll und hätte zudem eine symbolische Wirkung, wenn russische und europäische Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in gemeinsame Großprojekte zusammengeführt werden könnten, so bei der Frage nach neuen Antriebskräften zukünftiger Mobilität, bei der Entwicklung der Applikationen von Nanotechnologien usw. In diesem Zusammenhang wäre auch zu überlegen, ob nicht eine gemeinsame FuE-Institution, gar eine gemeinsame Universität mit institutionellen Untergliederungen in der EU und in Russland geschaffen werden könnten.
6. Ein langanhaltender Konflikt der EU oder Deutschlands mit Russland würde weder der innerrussischen Opposition zugutekommen noch die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Politik des Kreml erhöhen. Berlin und Brüssel sollten die Instrumente einsetzen, über die sie nachhaltig verfügen: eine geduldige Dialogpolitik, die

Prinzipien anspricht, aber diese nicht zur ausschließlichen Maßgabe politischen Handels macht.

7. Die eurasische Option, die Präsident Putin 2011 als Priorität der russischen Außenorientierung vorschlug, soll in Berlin und Brüssel ernst genommen werden. Gleiches gilt für den russischen Vorschlag einer Wirtschaftszone für Gesamteuropa.
8. Es gilt zu verhindern, dass durch eine Konfrontationspolitik, die sich an Werten und anderen Streitthemen, u.a. auch die Eurasische Union, entzündet hat, Russland nach Osten abgedrängt und damit für Anliegen der deutschen oder europäischen Politik unerreichbar wird.
9. Die aberwitzige Forderung von Experten der SWP-Berlin, die EU oder die deutsche Politik, solle die Lücke ausfüllen, die amerikanischen Organisationen bei ihrem Abzug aus Russland hinterlassen hätten, ist mit Entschiedenheit zurückzuweisen, weil dadurch deutsche Interessen ins Schlepptau einer gescheiterten Politik genommen würden, die auch in Washington gegenwärtig kaum Konjunktur hat. Wenigstens scheint es zweifelhaft, dass ein offener Bruch oder Konflikt zwischen Russland und der EU im momentanen US-Interesse liegt.
10. Die innerdeutsche Kritik an der Russlandpolitik zielt letztlich darauf, die Dynamik der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau einzuhegen und somit der Politik eine wichtige Grundlage zu nehmen, sie bestenfalls politisch zu neutralisieren. Als Kern der so betriebenen Wende in der europäischen wie deutschen Russlandpolitik scheint sich das Ziel herauszukristallisieren, Russland als partnerschaftliches Konstrukt aus dem europäischen Politikkreis von Sicherheit, Frieden und Wohlfahrt zu verbannen. Eine solche Entwicklung gilt es politisch zu verhindern. Im Gegenteil sollte alles daran gesetzt werden, die Modernisierungsanstrengungen Russlands in eine Richtung zu befördern, die sich scharf vom angelsächsischen Modell unterscheidet und stärker auf die Erfahrungen europäischer und spezifisch deutscher regionaler Wirtschaftsentwicklung fußt. Hier läge auch ein fruchtbarer Ansatz für andere Erfahrungen europäischer Restrukturierung.
11. Die deutsche Politik muss sich und die russische wird es lernen müssen, darauf einzustellen, dass Außenpolitik nicht mehr eine Angelegenheit von abgeschirmten Entscheidungsträgern oder von kleinen Machtgruppen ist. Die Tendenz zum partizipatorischen Mitwirken der Zivilgesellschaft, also von

Nichtregierungsorganisationen, die auf eigenes Expertenwissen zurückgreifen können, wird, so argumentiert auch der NIC⁴³ in seinem Ausblick auf die Welt 2030, zunehmen. Dadurch wird der offiziellen Politik nicht nur Konkurrenz erwachsen, auch polarisierende Maximalforderungen werden an die mehr auf pragmatischen Ausgleich eingestimmte Politik nationaler Regierungen zunehmen. Das kann zu sinnvollen Rückkoppelungen und Korrekturen führen, aber auch zu einer breiten amorphen und moralisierenden Einflussnahme, die von Partikularinteressen geprägt ist und instrumentalisiert werden kann. Diese Tendenz ist anderswo, in der Umwelt- und Energiepolitik etc. längst akzeptierte Praxis. Insofern ist die gegenwärtige offene Debatte um den Kurs der deutschen Russlandpolitik zu begrüßen. Sie enthält beide Momente. Sie könnte sich aber noch dienlicher und produktiver einbringen, wenn jene unsäglich hochstilisierten normativen Grundaussagen einer vernünftigen und das heißt auf das machbare und umsetzbare ausgerichteten Politik weichen würden⁴⁴.

12. Wie bereits in den vier Räumen des Petersburger Abkommens von 2003 anvisiert, muss die deutsche wie europäische Russlandpolitik mehr auf durchführbare und signalsetzende Projekte abstellen. Der Ausbau von grenzüberschreitenden Transportinfrastrukturen wäre z.B. solch ein Projekt. Außerdem sollte die russische Regierung ermuntert werden symbolische Maßnahmen zur Aufhebung des Visumzwanges im Kontext der großen Sportereignisse in Russland 2014 und 2018 von sich aus anzubahnen.
13. Die deutsche Politik sollte alles daran tun, die stillstehenden *Meseberg-Gespräche* wieder zu beleben. Wünschenswert wäre es, die anfängliche Zustimmung der französischen und polnischen Regierung erneut einzuwerben und diesen Dialog offen zu halten für andere EU-Mitgliedsstaaten, die an einer (sicherheits)politischen und wirtschaftlichen Aufbesserung der Beziehungen zu Russland Interesse bekunden. In gesellschaftlichen Dialogforen müsste das Ziel, in absehbarer Zeit zu einer gesamteuropäischen Sicherheitsgemeinschaft zu kommen, offen dargelegt werden. Die Zielorientierung kann nur im Einklang mit amerikanischen Interessen, so diese denn

⁴³ National Intelligence Council, Global Trends 2030: Alternate Worlds 2012. In: <http://www.dni.gov/nic/globaltrends>

⁴⁴ In diesem Sinne ist auch dem russischen Oppositionspolitiker Ilja Ponomarjow, der für das „Gerechte Russland“ in der Duma tätig ist, zuzustimmen. Ponomarjow wendet sich gegen „vollmundige Aussagen“, die sowieso nicht umgesetzt werden können und fordert die EU und deren Mitgliedstaaten auf, die Einreisevisa abzuschaffen und der russischen Regierung Unterstützung im Kampf gegen Kapitalflucht und Steuerhinterziehungen angedeihen zu lassen. Siehe: Ilja Ponomarjow, Russland und der Westen: Was nun?, in: FAZ21.06.2013, S.10.

Bereitschaft zu einem konstruktiven Dialog zeigen, erreicht werden. Eine so abgestimmte Russlandpolitik könnte den Auftakt zu einer arbeitsteiligen und subsidiären Kompetenzführerschaft in der EU werden: Beispiele wären:

- Berlin, Paris, Warschau und Wien für Osteuropa
- Wien –Ungarn-Zagreb-Italien für Südosteuropa
- Frankreich-Italien-Spanien-Portugal für Nordafrika und den Mittelmeerraum
- Schweden-Finnland-Dänemark-Baltische Staaten- Deutschland für den Ostseeraum zur Unterstützung des Ostseerates.

14. In diesem Zusammenhang sollte ein europäisch-russisches Sicherheits- und Konfliktpräventionszentrum in dem Folge-PKA aufgenommen und mit einem zeitlichen Fahr- und Aufgabenplan – als *Road Map*- versehen werden. Das Zentrum hätte die Aufgabe über mögliche Konfliktszenarien in Europa und in angrenzenden Räumen präventive Kooperationsoptionen zu entwickeln oder ein Einverständnis über arbeitsteiliges Vorgehen bei der Konfliktbewältigung zu bewirken. Letztlich könnte hier auch eine Kooperation mit der SCO/Shanghai Cooperation Organisation angestrebt werden. Die Konsensbildung über strittige Fragen der Internationalen Politik wie der Ausrichtung der Außenorientierung der EU würde so gestärkt werden.

Die innerdeutsche Debatte um die Neuausrichtung der deutschen Russlandpolitik muss sowohl die Spezifika des historischen Kontextes und die langen wirtschaftlichen Kooperationsbeziehungen zwischen beiden Ländern würdigen, sich zudem um einen breiten Konsens unter relevanten Mitgliedsstaaten der EU bemühen und Prinzipien anmahnen, die für demokratische, rechtstaatliche und pluralistisch wie zivilgesellschaftlich basierte politische Systeme verpflichtend sind. Die Meisterung dieser Aufgabe erfordert schon genug Entschlossenheit und Tatkraft. Obendrein muss sich die deutsche Politik jedoch auf Herausforderungen einrichten, die mit der seit 2008 anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise aufkamen und Berlin in die Position des argwöhnisch beobachteten **zaudernden Hegemons** ⁴⁵katapultierten. Aufgrund der starken Wirtschaftsmacht wird ein „Gestaltungsanspruch“ an

⁴⁵ Paterson, W. E (2011) The Reluctant Hegemon? Germany Moves Centre Stage in the European Union, *Journal of Common Market Studies*, Annual Review, 49, 59 -77; Siehe auch: Germany and Europe- The reluctant Hegemon, in: *The Economist*, 15. Juni 2013, in: <http://www.economist.com/news/leaders/21579456-if-europes-economies-are-recover-germany-must-start-lead-reluctant-hegemon>

Berlin herangetragen⁴⁶. Zwar hat sich unter den Mitgliedsländern der EU noch kein klares Bild gezeigt, ob Berlin zur Bewältigung der Finanzkrise solch eine „Führungsrolle“ übernehmen solle, doch hinsichtlich einer aktiveren außen-und sicherheitspolitischen Ausrichtung der deutschen Politik überwiegen eher Forderungen, dass sich Berlin nicht länger hinter jener „*Kultur der Zurückhaltung*“ aus historischen Gründen verbergen könne. Verteidigungsminister De Maizière gebrauchte in diesem Kontext jüngst auf der Berliner Sicherheitskonferenz vom Juni 2013 die griffige Formel: „Wir wollen nicht eine kleine Schweiz sein oder werden.“⁴⁷ Folgt man dem Leitgedanken des Economist, dann ist es nun an der Zeit, dass Berlin nicht nur in der Finanz-und Wirtschaftspolitik eine Führungsrolle in Europa übernimmt. „Now it is Germany’s turn to lead its weaker allies, for their sakes and for its own.“

Ungeschminkt wird postuliert, dass Europa vor Herausforderungen steht, das Deutschland als unverzichtbarer Teil des Kontinents eine neue Aufgabe übernehmen soll und muss. Und zweifellos wird nicht ohne Misstrauen konstatiert, dass „power within Europe has shifted sharply towards Berlin. Mrs Merkel is widely seen as the continent’s most important politician. In Beijing or Washington, DC, the question: “Where is Europe going?” has become synonymous with: “What do the Germans want?”⁴⁸

Welche Rolle dabei das deutsch-russische Verhältnis spielen kann und soll, ist zumindest in der deutschen Debatte erstmals seit der Formel von „Annäherung durch Entspannung“ strittig. Es geht um die Neubestimmung der deutschen Rolle in Europa. Dass dabei jene Einflussgruppen, die noch unter den mentalen Kollateralschäden des Kalten Krieges leiden, jede Verständigung der deutschen Politik mit Moskau mit Argwohn betrachten, ist wenig überraschend. Erstaunlich ist eher der Widerhall den ihre Anwürfe auslösten und welche Gruppen innerhalb des politischen Spektrums sich als Parteigänger eines neokonservativen Transatlantizismus enttarnten.

⁴⁶ Klaus-Dieter Frankenberger, Führung und Verantwortung, in: FAZ, 27.06.2013, S. 8.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Zanny Minton Beddoes, Europe’s reluctant hegemon, in: The Economist, 15. Juni 2013, : <http://www.economist.com/news/special-report/21579140-germany-now-dominant-country-europe-needs-rethink-way-it-sees-itself-and>.